

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 5465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserten werden die 6spaltige Zeitspalte mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 5.

Dresden, Mittwoch den 8. Januar 1913.

24. Jahrg.

Auf dem sozialdemokratischen Freuentag wurde die Wahlrechtsresolution der Bundeskommission einstimmig angenommen. Heute treten Reichstag und preußischer Landtag wieder zusammen.

Auch in Kiel wurde ein sozialdemokratischer Ausschuss für die Stadtkommunalverwaltung gewählt, für den auch die bürgerlichen Stadtkommunalräte geschlossen stimmten.

Eine Interpellation der Rechte zur Beendigung des Balkankrieges wird für die nächsten Tage erwartet.

Der auf heute angelegte Prozeß gegen den wegen dreifachen Mordes angeklagten Schlosser Trentler ist abermals vertagt worden.

In Kocagorga wurden bei einem Zusammenstoß zwischen Militär und Volksmenge fünf Personen erschossen und sterblich verwundet.

## Zur sozialpolitischen Debatte im Reichstage.

Der Reichstag wird in den nächsten Tagen den Etat des Reichsamts des Innern zu beraten haben. Die Beratung beginnt mit einer allgemeinen Aussprache über die Sozialpolitik des Reiches und pflegt eine verhältnismäßig lange Zeit in Anspruch zu nehmen. Das letzte ist unvermeidlich, da die Aussprache sich auch auf die vielen sozialpolitischen Einzelfragen erstreckt, die die Abgeordneten in absehbarer Zeit demütlich bei keiner anderen Gelegenheit erörtern können.

Dieses Hinüberbringen der Aussprache von einem Gegenstand zum anderen ist wiederholt als ein Mißstand empfunden worden. Der Reichstag hat dann auch den Versuch gemacht, die allgemeine sozialpolitische Aussprache dadurch abzukürzen und übersichtlicher zu gestalten, daß er die wichtigsten sozialpolitischen Einzelfragen absondert und für eine spätere planmäßige Behandlung zurückgestellt hat. Das hat sich aber als nicht durchführbar erwiesen. Dem Reichstage fehlt infolge seiner viel zu späten Einberufung die Zeit zu einer solchen besonderen Beratung der sozialpolitischen Einzelfragen. Daher müssen die Abgeordneten auf diese Fragen in der allgemeinen sozialpolitischen Aussprache beim Etat des Reichsamts des Innern eingehen, wenn sie nicht auf die Erörterung der sozialpolitischen Einzelfragen verzichten wollen. Und das können sie nicht. Denn nur dann erreichen sie irgendeinen sozialpolitischen Fortschritt, wenn sie immer wieder die allgemeine Aufmerksamkeit auf diese Fragen lenken. Das ist in diesem Jahre notwendiger als je.

Die bürgerliche Mehrheit des Reichstags hat selbst die dringenden Aufgaben von Jahr zu Jahr zurückgestellt und dadurch dem Reichstage eine große Arbeit aufgeschuldet. Von allen Seiten hören wir sozialpolitische Forderungen, deren Berechtigung und Dringlichkeit wir anerkennen müssen. In den Berichten, den Fachblättern und sonstigen Schriften der freien Gewerkschaften müssen wir immer von neuem sehen, wie weit die soziale Gesetzgebung des Reiches hinter den Bedürfnissen der einzelnen Gewerkschaften zurückgefallen ist. Selbst bürgerliche Sozialpolitiker befinden — oft genug gegen ihren Willen — bei jeder Gelegenheit die Rückständigkeit unserer Arbeitergesetzgebung. Wir greifen aufs Geratewohl die letzte Ausgabe der Sozialen Praxis, des Wochenblattes der bürgerlichen Sozialpolitik, heraus und finden in diesem einen hübschen Heft von 16 Seiten u. a.:

einen Hilferuf gegen die Heimarbeiterinnen in Deutschland, der mit den Worten schließt: Die Lage der Heimarbeiterinnen ist heute schlechter als sie 1907 war; und sie wird dauernd schlechter werden, wenn nicht eine höhere Macht, der Staat, einsteift;

eine längere Abhandlung über die Lehrverträge in der Zigarrenindustrie, durch die in manchen Gegenden Zigarrenfabrikanten in gewissermaßen Weise junge Arbeiter auf längere Zeit an den Betrieb fesseln;

die Forderung nach einer zweckmäßigeren Regelung der Vor- und Nachmittagspausen für die jugendlichen Fabrikarbeiter;

den Nachweis des Gewerbetats J. Löber in Darmstadt, daß die Nacharbeit in Bäckereien abgeschafft werden kann;

folgende Forderungen des Professors Dr. med. S. Raup zur Verhinderung der gewerblichen Erkrankungen: 1. Anzeigepflicht für gewerbliche Vergiftungen, regelmäßige ärztliche Visitation der Arbeiter, Gleichstellung der Gewerbetätigkeiten mit Unfällen, verbesserte Sondervorschriften; 2. für Feuer- und Staubbetriebe: Vervollständigung und strenge Prüfung der technisch-gesundheitlichen Einrichtungen zur Verringerung der Unfall- und sonstigen Erkrankungsgefahr, ärztliche Visitation und Ueberwachung sowie Sondervorschriften für gefährliche Betriebsgruppen, besonders Schutz der jugendlichen Arbeiter; 3. zur richtigen Beurteilung der Gewerkerkrankheiten und der Erfolge ihrer Bekämpfung: Schaffung einer verlässlichen Erkrankungs- und Sterbestatistik, regelmäßiger ärztlicher Dienst für alle

gesundheitsgefährlichen Betriebe und gefährdeten Berufe, Bestellung besonderer Gewerbedärzte und besonderer Untersuchungsausschüsse;

Forderungen zum Schutze der Arbeiter gegen die Gefahren der Petrofflugzeuge;

Forderungen zur Beseitigung der Härten bei dem Erschließen der Anwartschaft auf die Leistungen der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung.

Hieraus können wir uns ein Bild davon machen, wie viele sozialpolitische Forderungen im Laufe des letzten Jahres als notwendig und dringend nachgewiesen worden sind. Selbstverständlich ist es unmöglich, daß unsere Genossen im Reichstage auf alle diese Forderungen ausführlich eingehen. Dagegen müssen sie einen Lieberblick über die sozialpolitischen Aufgaben des Reiches geben und einzelne Beispiele für ihre Bedeutung vorführen, um es zu rechtfertigen, daß wir die Lösung dieser Aufgaben als eine der wichtigsten Pflichten der Gesetzgebung betrachten. Je stärker unsere Fraktion im Reichstage geworden ist, desto nachdrücklicher müssen wir zeigen, daß wir die Verschleppungspolitik der bürgerlichen Parteien und Regierungen nicht mitmachen; desto schärfer müssen wir die Unterlassungssünden der bürgerlichen Mehrheit beurteilen; desto weniger dürfen wir es an den nötigen Verbesserungsmaßnahmen fehlen lassen; desto entschlossener müssen wir für den planmäßigen Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung eintreten.

Bürgerliche Blätter haben darauf hingewiesen, daß in diesem Jahre Ostern außerordentlich früh ist und demgemäß für die Beratung des bis Ostern festzusetzenden Etats nur sehr wenig Zeit bleibt. Dies war aber den bürgerlichen Parteien und den Regierungen bereits im vorigen Jahre bekannt, als sie sich darüber verständigten, wie lange der Reichstag vertagt werden sollte. Trotzdem haben sie — gegen den Einspruch der Sozialdemokraten — den Reichstag möglichst spät zusammenzutreten lassen, so daß vor den Weihnachtstagen mit der zweiten Beratung des Etats nicht mehr begonnen werden konnte. Dieses Verfahren ist seit längerer Zeit üblich und hat zur Folge, daß der Reichstag nicht genügend Zeit hat, seine Aufgaben mit der erforderlichen Gründlichkeit zu lösen.

Die Sozialdemokratie hat sich seit jeher gegen dieses Verfahren erklärt. Sie braucht und wird sich daher durch die Folgen dieses Verfahrens nicht abhalten lassen, ihre Pflichten nach eigenem Ermessen zu erfüllen. Jede unnütze Belastung des Reichstags wird auch sie zu vermeiden suchen — was aber zur Erlangung besserer sozialer Gesetze geschehen muß, davon werden wir uns nicht durch den von unseren Gegnern künstlich herbeigeführten Mangel an Zeit abhalten lassen.

## Verhandlungen hinter den Kulissen.

Die Kölnische Zeitung bringt am Dienstag folgendes offizielle Telegramm aus Berlin:

Man war auf den Abbruch der Verhandlungen gefaßt gewesen. Der Balkanbund hat es aber für angemessen gehalten, einen so schroffen Schritt nicht zu unternehmen, sondern die Verhandlungen der Konferenz lediglich zu suspendieren. Damit ist der Fortgang des Handels bis auf weiteres hinter die Kulissen verlegt. Nunmehr ist die Reihe an den Großmächten, mit nachdrücklichen Bemühungen einzugreifen. Das Vorgehen der Großmächte soll sich gleichzeitig in Konstantinopel und in London abspielen. In Konstantinopel werden die Vorkämpfer auf die Worte einwirken, in London die Vorkämpfer der Großenmacht auf die Delegierten der Türkei. Der Zweck der Einwirkung ist, zu verhindern, daß in irgendeiner Weise die Feindseligkeiten wieder eröffnet werden. Die Nachricht aus Sofia, daß Schüfri Pascha, der Vertreter von Adrianopel, den Zusammentritt einer türkisch-bulgarischen Kommission angeregt habe, wäre von großer Bedeutung, wenn sie als Vorbede von Kapitationsverhandlungen zu erklären wäre. Bisher hat Schüfri Pascha davon festgehalten, daß er Adrianopel nur ausliefern könne auf Grund eines ihm dazu ermächtigenden ausdrücklichen Befehls des Sultans. Ein solcher Befehl ist nicht erteilt worden und wird von dem Sultan nicht erteilt werden, da der Sultan bei aller sonstigen politischen Zurückhaltung, die er zu üben pflegt, gerade in der Frage des Besitzes von Adrianopel mehrfach mit Erklärungen hervorgetreten ist, daß Adrianopel türkisch bleiben müsse. Auf jeden Fall kann man sagen, wenn die oben erwähnte Nachricht sich bestätigt, daß das Verlangen Schüfri Paschas auf Kommissionsverhandlungen darauf schließen, daß Adrianopel am Ende seiner Widerstandskraft angelangt ist oder in kurzer Zeit angelangt sein wird.

London, 7. Januar. In dem Stillstand der Friedensverhandlungen erfährt das Reutersche Bureau, daß nach dem jetzt in den türkischen Kreisen herrschenden Eindruck die türkischen Delegierten London wahrscheinlich verlassen werden, wenn keine Mittel gefunden würden, die gegenwärtigen Schwierigkeiten auszugleichen. Die Mitglieder der Mission haben sich heute nachmittag zu einer Besprechung in der türkischen Gesandtschaft versammelt.

Von der Vorkämpferkonferenz.

London, 7. Januar. Die Resultate der gestrigen Vorkämpfer-

reunion werden geheimgehalten. Aus guter Quelle verlautet indessen, daß die Vorkämpfer bereits am Sonnabend den Plan für eine Intervention aufgestellt haben, welcher den verschiedenen Mächten zur Durchsicht zugefandt worden ist. Man vertritt jedoch den Standpunkt, daß eine Intervention der Mächte erst dann vor sich gehen könne, nachdem der Fall von Adrianopel erfolgt ist.

Rumänien und Bulgarien.

London, 7. Januar. Das Reutersche Bureau meldet: Die Besprechungen zwischen Rumänien und Bulgarien über die Grenzbestimmung machen keine Fortschritte. Der Minister Jonecu wird heute eine weitere Besprechung mit Dr. Danew haben. Gegenwärtig herrscht in dem bulgarischen Kreise einige Unruhe, über diese Fragen zu verhandeln. Es überwiegt die Meinung, daß ein bulgarischer Sondergesandter ernannt werden sollte, um mit der rumänischen Regierung über diesen Gegenstand zu verhandeln. Die Rumänen scheinen das Fortschreiten der Verhandlungen mit den Bulgaren über die Grenzfrage nicht allzu hoffnungsvoll zu beurteilen.

Zur Palästina-Frage.

Rom, 7. Januar. Die Kurie hat den bei ihr akkreditierten englischen Gesandten, der sich nach London begab, mit einem Bericht an die Vorkämpfer betraut, in dem auf die Not Palästinas aufmerksam gemacht und die Rädie ersucht werden, der Lösung der Frage näher zu treten und die Verwaltung den Türken, die dort die größte Wirtschaft treiben, zu nehmen.

## Armenische Wirren.

Von unserem Korrespondenten.

pr. Konstantinopel, 7. Januar.

Noch sind die Probleme der europäischen Türkei nicht von der Tagesordnung verschwunden, und schon drängen sich die Fragen der asiatischen Türkei heran. An die Stelleazedonien tritt Armenien. Die Prozeduren sind dieselben — innere Unruhen, äußere Drangsalierungen — nur scheint es, daß es diesmal in einem beschleunigten Tempo gehen soll. Wenn Rußland nicht gleich zur Annexion greift, so bereitet es jedenfalls zielbewußt die Annexion vor, und die tölpelhafteste Politik der türkischen Regierung leistet der zarischen Diplomatie Vorschubdienste.

Die Armenier befinden sich in großen Ängsten und noch größerer Verwirrung. Sie fürchten ihre Feinde, die türkischen Feudalen, deren Uebermut von Tag zu Tag steigt; sie fürchten noch mehr ihre Beschützer, die russischen Diplomaten, und sie haben kein Vertrauen zu der türkischen Regierung, die in Konstantinopel sie mit Versprechungen überhäuft, am Orte aber, im östlichen Anatolien, den türkischen Feudalen schmeichelt und sich vor ihnen zurückzieht.

Die Regierung hat eine Reformkommission für das östliche Anatolien geschaffen, die ein scheinbar sehr radikales Reformprogramm ausarbeitet. Aber schon die Art, wie die Reformkommission eingesetzt wurde, hat die Armenier befreundet. Statt sich an die vorhandene gewählte politische Vertretung der armenischen Nation zu wenden, hat die Regierung nach ihrem eigenen Belieben einzelne Armenier vorgeladen und aus ihnen nebst einigen anderen Persönlichkeiten die Reformkommission gebildet. Diese absichtliche Umgehung der Volksvertretung erweckt den Eindruck, als wenn das Ganze nur darauf berechnet wäre, Europa blauen Dunst vorzumachen. Auch entbehrt offenbar die Reformaktion einer festen Grundlage: sie kann ebenso leicht umgestoßen werden, wie sie geschaffen wird. Vor allem aber sagen die Armenier: so sehr auch allgemeine administrative Reformen notwendig sind, so sei doch die praktische Frage, um die es sich in diesem Augenblick handle, recht einfach, aber gerade hier verlage die Regierung. Die Armenier verlangen, daß man ihnen erlaube, Feld- und Dorfwachen anzustellen, um Leben und Eigentum gegen die türkischen Ueberfälle zu schützen. Die Regierung möge den Dorfbewohnern die nötige Anzahl Gewehre geben. Nun widerlegt sich zwar die Regierung dem keineswegs prinzipiell, aber in der Praxis verteilt sie die Gewehre gerade an die Kurden, während sie den Armeniern nur ab und zu einige Gewehre gibt. Mehr noch, wenn die Armenier sich auf eigene Kosten Gewehre anschaffen, so werden diese von der Regierung eingezogen.

Dem die Regierung betrachtet die Kurden, weil sie Muselmanen sind, als das staatsgefährliche Element. Trotz der bösen Erfahrung, die man soeben mit den ja ebenfalls muselmanischen Albanern gemacht hat, geht man im östlichen Anatolien der gleichen Illusion nach. Darum also sucht die türkische Regierung sich mit den türkischen Feudalen auf freundschaftlichen Fuß zu stellen. Andererseits aber glaubt sie, gerade durch den türkischen Schrecken die Armenier unterwürfig machen zu können. Während am grünen Tisch bapierne Reformprojekte ausgearbeitet werden, erneuert die Regierung die Familienangehörigen der türkischen Feudalen zu Wallis, entläßt aus dem Gefängnis die beständigsten türkischen Strauchritter, und die türkischen Wälsch veranstalten freundschaftliche Festgelage mit den türkischen Banditen.

Da sich die Ueberfälle mehren, so setzen sich die armenischen Bauern zur Wehr. Es vergeht kaum ein Tag ohne ohne Zusammenstöße zwischen Armeniern und Kurden.

Das erleichtert offenbar das Werk der russischen Agitation unter den Armeniern. Die armenischen Massen würden sich mit Freuden von Rußland annekieren lassen, wird von allen Seiten versichert. Anders freilich ist die Geminnung der armenischen politischen Parteien.

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 5465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserten werden die 6spaltige Zeitspalte mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.



Die russische chauvinistische Presse, allen voran die Nowoje Wremja, erklärt jetzt offen den Armeniern: "Lacht es nur so weit kommen, daß ihr massakriert werdet, dann treten wir als eure Beschützer auf, und ihr werdet frei!"

**Deutsches Reich.**

**Nationalliberale Wahlrechtsreform.**

Zwischen den Westfälischen Politischen Nachrichten und dem Berliner Tageblatt ist eine Diskussion über die Stellung entstanden, die der nationalliberale Abgeordnete Schmieding, der Dortmund bisher im preussischen Landtag vertreten hat, zur Wahlrechtsfrage einnimmt.

Wahr ist viel mehr, daß erstens der Abgeordnete Schmieding ein Befürworter der Landtagswahlreform ist, zweitens hierin in voller Übereinstimmung mit seiner Fraktion steht und drittens ein Anhänger der geheimen Wahl ist.

Eigentlich hätte man erwarten sollen, daß sich Herr Schmieding selbst zur Sache äußerte, und wenn die offizielle Korrespondenz der Westfälischen Nationalliberalen ihm schon die Antwort abnahm, so hätte sie sich jedenfalls informieren können, ehe sie ihre Feststellungen machte.

Noch ein anderer westfälischer Abgeordneter hat sich dieser Tage über die Wahlrechtsfrage vernehmen lassen, nämlich Herr Daarmann, der in Mena-Hierlohn wieder als Kandidat aufgestellt worden ist.

Zu der Frage des Wahlrechts stehe die gesamte Fraktion einmütig auf dem Boden einer Verbesserung des bestehenden Wahlrechts, lehne aber ebenso entschieden das Reichstagswahlrecht für Preußen ab.

Was den Nationalliberalen in allererster Linie am Herzen liegt, ist die Sorge, die Wirkung des Jesuitenwahlrechts möglichst ungeschwächt in die Erscheinung treten zu lassen. Von der geheimen und direkten Wahl redet er nicht weiter; er hat — übrigens genau wie sein Fraktionskollege Friedberg im Jahre 1910 — hauptsächlich ein Interesse an einer Reform, die den Nationalliberalen im Westen einige Mandate auf Kosten des Zentrums verschafft.

**Die zufriedene Reichsregierung.**

Natürlich sucht es die Regierung jetzt so darzustellen, als ob sie gar keinen Grund hätte, mit dem Ergebnis der Finanzministerkonferenz so sehr unzufrieden zu sein.

Über die Konferenz der Finanzminister werden in einigen Mäthern ganz irrtümliche Ansichten geäußert. Man stellt es so dar, als wäre es Aufgabe der Konferenz gewesen, über die Vermögensfrage endgültige Beschlüsse zu fassen, und als wäre die Konferenz an dieser Aufgabe gescheitert.

Schließlich äußert sich die Straßburger Post auf Grund von Mitteilungen, die ihr von „zuständiger Seite“ gemacht worden sind.

Durch dies offiziöse Getöse will die Regierung nur verfehlern, in wachsender Ungenauigkeit sich über die Beschlüsse der Konferenz abstimmen zu lassen.

Jedenfalls wird der Bundesrat seine Zustimmung, bis zum 30. April 1913 die Beschlüsse vorzulegen an den Reichstag zu bringen, erklären. ... Es versteht sich von selbst, daß den Bundesräten, die sich unweigerlich in keiner glänzenden Finanzlage befinden, nichts Unbilliges zugemutet werden kann.

Jedenfalls wird der Bundesrat seine Zustimmung, bis zum 30. April 1913 die Beschlüsse vorzulegen an den Reichstag zu bringen, erklären. ... Es versteht sich von selbst, daß den Bundesräten, die sich unweigerlich in keiner glänzenden Finanzlage befinden, nichts Unbilliges zugemutet werden kann.

Diese Entwicklung ist bisher so günstig gewesen, daß eine Mehreinnahme über den Staatsvoranschlag von mindestens 80 Millionen Mark zu erwarten ist. ... Angesichts der Finanzentwicklung im Reich erscheint die Vermögensfrage weniger dringlich als man bisher anzunehmen geneigt war.

Man kann schon glauben, daß es Herrn von Bethmann am liebsten wäre, wenn er die ganze Vermögensgeschichte noch ein Jahr hinausschieben könnte. Er denkt vielleicht: Zeit gewonnen alles gewonnen. Vorläufig heißt es noch, daß die Vorlage bis zum 30. April dieses Jahres dem Reichstag vorgelegt werden würde.

**Der deflorierte Moralprofessor.**

In Bayern ist zum Neujahrsest der Würzburger Theologieprofessor Göpfert mit einem Orden defloriert worden. Es ist ja bei Staatsbeamten aller Art eine übliche Altersbescheinigung, daß ein Viepmay ins Anoploch geflogen kommt, auch wenn besondere Verdienste nicht aufzufinden sind.

Es heißt da: "Es ist verboten, dem Teufel neugierige Fragen vorzulegen, und es wäre eine schwere Sünde, sich mit dem Satan im Falle einer Befessenheit in ein längeres Gespräch einzulassen; dagegen ist es probabillus, nur lässliche Sünden, ihm nur die eine oder andere neugierige Frage vorzulegen."

Aber nicht nur für den Fall, daß der Mensch dem Teufel begegnet, weiß der Herr Professor gute Ratsschlüsse zu erteilen, auch wer in die nicht minder unangenehme Lage kommt, mit Volk- oder Steuerbeamten zu tun zu haben, kann sich aus dem Buche des Herrn Göpfert Rat holen.

Tagegen kann man es nicht als ungerichtetes (wenn auch unerlaubtes) Mittel ansehen, wenn jemand, um der Steuer oder dem Zoll zu entgehen, Mangel an Zeit vorführt, ernstlich behauptet oder beschwört, er habe nichts Steuerpflichtiges, oder wenn er auf Fragen sagt, man habe nichts zu deklarieren; es liegt auch keine Ungerechtheit vor, wenn der Steuerbeamte die fehlende Summe ersehen möchte; dem das hat er seiner eigenen Nachlässigkeit und Verschuldung gegenüber zu schulden."

Also auf einen kleinen Meineid kommt's so sehr nicht an, wenn man sich nur dem Teufel gegenüber richtig zu benehmen versteht.

Wahrlich, ein Mann, der in solch hervorragender Weise für die Hebung der Volksmoral tätig ist, der muß einen Orden haben.

**Das unworbene Zentrum.**

Der freikonserervative Professor Hans Delbrück hatte in seinen Preussischen Jahrbüchern empfohlen, in der Frage des Jesuitengesetzes dem Zentrum in der weitgehendsten Weise entgegenzukommen. Er findet dafür die Zustimmung des freikonserватiven Abgeordneten v. Dewitz, der sich in der Zeitschrift Das neue Deutschland mit dem Delbrückschen Vorschlag befaßt.

Herr v. Dewitz begründet seine Stellungnahme damit, daß er erklärt: Jede Politik, die nicht darauf hinausgeht, dem Zentrum das nationale Banner in die Hand zu drücken, sei verfehlt.

Bei der Jesuitenfrage bestehen ja allerdings heute noch keine Differenzen zwischen Weißen und Schwarzen. Bei der Verliebtheit unserer Weißen in ihre schwarzen Vorkämpfer kann man es begreifen, daß in ihrem Kreise der Wunsch besteht, den unangenehmen Differenzpunkt aus der Welt zu schaffen, damit es nicht mehr gäbe, das das traurige Liebesverhältnis trüben könnte.

Ob dem Zentrum mit der Aufhebung des Jesuitengesetzes ein Gefallen getan wäre, ist eine andere Frage. Das Zentrum läßt ja dann in die größte Verlegenheit, wählte es doch kaum mehr, wie es die katholische Volkseule zum Kochen bringen sollte.

Wahlkompromiß zwischen Nationalliberalen und Freikämmlingen in Oberfeld-Warmen. Am Montagabend hielten die Nationalliberalen sowohl wie die Freikämmlingen in Oberfeld und Warmen zwei Versammlungen ab, in denen sie sich über das Wahlkompromiß bei den kommenden preussischen Landtagswahlen verständigten.

Gesellschaftliche Regelung des Verkehrs mit Luftfahrzeugen. Unter dem Vorsitz des Direktors im Reichsamt des Innern Dr. Seiwald fand am Montag im Reichstagsgebäude eine Sitzung statt, die sich mit der Frage beschäftigte, wie der Verkehr mit Luftfahrzeugen gesetzlich zu regeln sei.

**Ausland.**

**Spanien.**

**Die politische Krise.**

Madrid, 7. Januar. Die morgige Versammlung der linken Parteien findet bei geschlossenen Türen statt, wogegen die Presse heftig protestiert. Es verlautet, eine Ministerkabinett werde anstandslos an Maura, die Mehrheit dessen endgültige Abstimmung befristet werden. Der konservative Senator Floboan Collarte erklärt die Ausmerzung Maura's, dessen Politik der persönlichen konservativen Politik schroff gegenüberstehe, sei eine Lebensfrage für die Partei.

**Portugal.**

Lissabon, 7. Januar. Der Führer der Revolutionspartei, Almeida, verzichtete darauf, das neue Kabinett zu bilden, mit Rücksicht darauf, daß die Abgeordneten der Partei der Unabhängigen sich einer Annahme und der Revision des Dekrets über die Kultur widersetzen. Antonio Costa konzerierte mit dem Präsidenten der Republik und erklärte sich bereit, das neue Kabinett zu bilden.

**Die Gewerkschaften im Jahre 1912.**

In einem Rückblick auf das Jahr 1912 bespricht das Korrespondenzblatt der Gewerkschaften Deutschlands die wirtschaftlichen, gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Erfolge des vergangenen Jahres, die bei den Arbeitern nicht volle Befriedigung auslösten konnten. Obwohl es im allgemeinen als eines der günstigsten Wirtschaftsjahre angesehen werden darf, trat Minusbehaftung und vermehrter Andrang am Arbeitsmarke doch in schärferem Maße als im Vorjahre ein.

Die Zahl der Beschäftigten hob sich nicht in gleichem Maße wie im Vorjahre über die Beschäftigungsziffer vom Jahreschlusse, sondern sie blieb bis um 2,2 Proz. zurück, und der Andrang der Arbeitssuchenden war durchweg höher als im Vorjahre und ging erst dom September an stark zurück.

Die Steigerung der Lebensmittelpreise betrug für eine vierköpfige Arbeiterfamilie im Durchschnitt 2,01 M. pro Woche mehr als in gleichen Monaten des Vorjahres.

Bei dieser unbefriedigten Wirtschaftslage wird es erklärlich, wenn die Weiterentwicklung der deutschen Gewerkschaften nicht alle Erwartungen erfüllt. Die Lohnkämpfe zeigten einen auffallenden Rückgang. Die Mitgliederzunahme hielt sich in engeren Grenzen als in den Vorjahren. Nach vorliegenden Abrechnungsziffern des 3. Quartals von 80 Verbänden, ergänzt durch die Schätzungsziffern der Arbeitslosen-Statistik des Reichs-Arbeitsblattes vom Ende September von 21 Verbänden, konnte die Mitgliederzahl gegenüber dem 3. Quartal des Jahres 1911 ungefähre festgestellt werden.

Wahrscheinlich ist die Zahl der Gewerkschaften (einschließlich der Verbände der Hausangestellten und der Landarbeiter) zählte am 30. September 1912 insgesamt 2 505 650 Mitglieder gegenüber 2 304 894 Mitgliedern am Ende des 3. Quartals 1911. Es ergibt sich daraus eine Zunahme von 200 756 Mitgliedern oder 8,38 Proz. Im Vorjahre hatte die Zunahme 309 020 oder 12,90 Proz. betragen. Nimmt man die Zuwachsziffer von 8,38 Proz. auch für die Jahresabschlussziffern an, so darf man mit einer Mitgliederzunahme von 202 918 Mitgliedern und einer erreichten Mitgliederzahl von 2 607 772 oder rund 2% Millionen rechnen.

Die organisatorische Konzentrationsbewegung in den Gewerkschaften, die vielfach im Berichtsjahre zu Zusammenschlüssen einzelner Verbände führte, hat in Unternehmenskreisen das gleiche Bestreben hervorgerufen. Die Gewerkschaften wurden durch diese Politik der Unternehmung, die Kampfbarkeit zu erweitern, dazu gedrängt, ebenfalls ihre Kampfmittel zu verbessern.

Von den Lohnkämpfen ragt der der Ruhrbergarbeiter besonders hervor. Nur in der Porzellanindustrie, im Schneidergewerbe und in der Metallindustrie fanden Kämpfe größeren Umfangs statt. Das Korrespondenzblatt meint mit Bezug auf den Ruhrbergarbeiterstreik, daß, so wenig das Gebiet der eigenen Gewerkschaftsorganisationen verklammert werden darf, so mühte doch in Voraussicht längerer und umfangreicherer Streiks für eine ausreichende Rückendeckung der Arbeitermassen Vorkehrungen getroffen werden, damit ihre Widerstandskraft nicht ins Wanken gerät, wenn es gilt, auszuharren.

Nach Erwähnung des für die Arbeiterbewegung vorteilhaftesten Zusammenwirkens von Gewerkschaften und Genossenschaften, das zur Gründung der Volkspartei führte, des schönen Wahlerfolges der sozialdemokratischen Partei und des Kampfes um ein verbessertes preussisches Wahlrecht weist das Korrespondenzblatt auf den gegen die internationale Kriegsgesfahr in Basel abgehaltenen Friedensdemonstrationskongress hin. Es resümiert, daß das Jahr 1912 wahrhaftlich ein Kampfsjahr in mehr als einer Hinsicht werden wird. Wir wissen nicht, welche Komplikationen der Weltankrieg nach sich ziehen wird, aber auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiet stellen große und schwere Kämpfe in Aussicht, und die Arbeiter tun gut, ihre Organisationen nach beiden Richtungen hin so zu stärken, daß diese dem Anprall in jedem Augenblicke gewachsen sind. Die deutsche Arbeiterklasse aber wird diesen Kämpfen mit gewohnter Zuhilfenahme entgegenstehen und keinerlei Anstrengungen scheuen, um neue Erfolge den früheren anzuschließen.



### Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

#### Sozialdemokratische Arbeiterfürsorge.

Unter dieser Überschrift geht folgende Schwindelnotiz durch die Presse und auch verschiedene bürgerliche Zeitungen unseres Verbreitungsbezirks haben sich den fetten Pappen nicht entgehen lassen. Diese Notiz lautet:

Interessant dürfte es aber sein, wie die Sozialdemokratie ihre weltbekannte Arbeiter-Fürsorge mit dem Verhalten in Einklang bringen kann, das sie gelegentlich des vorjährigen Streiks bei der Aktiengesellschaft für Fabrikation von Eisenbahnmaterial (vorm. Lüders) in Görtz angewandt beliebt. Dort müssen nämlich die Arbeiter die Streikunterstützung, die sie während der 16 Wochen, die der Ausstand dauerte, erhalten haben, auf Heller und Pfennig zurückzahlen, d. h. also die Arbeiter, die zum großen Teile widerwillig und nur unter dem Zwange der roten Freiheitsfahne mitstreikten, haben während der 16 Wochen überhaupt nichts verdient.

Auch eine Arbeiter-Fürsorge!

Dass die obige Notiz eine ebenso unverschämte wie wissenschaftliche Lüge ist, wissen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Wenn solche Scheine unterschrieben worden sind, handelt es sich nur um unsichere Konventionen, die event. erst Streikunterstützung nehmen, um dann den kämpfenden doch in den Rücken zu fallen. Leuten gegenüber, die man solcher Lumpereien für fähig hält, ist ja Vorsicht geboten. Was den Görtzfall aber anlangt, so ist den Streikenden seinerzeit in Görtz nicht nur die Streikunterstützung des Verbandes, sondern auch noch 3 M. pro Woche Vorkaufschlag wie von den freien Gewerkschaften zum Quartalswechsel am 1. Juli und 1. Oktober je ein Monatszuschuss von 10 M. gewährt worden. Von diesen ganzen Unterstützungen brauchte nicht ein Pfennig zurückgezahlt zu werden. Ueberflüssig ist es ja schließlich, darauf hinzuweisen, daß die Sozialdemokratie natürlich mit der Unterstützung der Streikenden nicht das Geringste zu tun hat, und beziehend ist es, daß im Görtzfall diese Lüge nicht verbreitet worden ist, da dort ja sofort der Sachverhalt hätte festgestellt werden können.

Ein elendes Lügengefindel — diese sog. „staatserhaltende“ Presse, die solche Dinge aus ihrem Fingern saugt!

#### Lokales.

##### Die Praxis der Stellenvermittlungvereine.

Darüber spricht in einer öffentlichen Handlungsgesellschaft am Donnerstag den 9. Januar, abends 9 Uhr, im mitternächtigen Saale des Reglerheims, Friedrichstraße 12, Kollege Karl Böhler-Mündchen. Das Thema ist insofern als äußerst aktuell zu bezeichnen, als es gerade am meisten die Ärmsten unserer Kollegen und Kolleginnen, nämlich die Stellenlosen, angeht. Durch gewissenlose Schwindler wird versucht, unerfahrenen Kollegen und Kolleginnen auf der Suche nach einer Stellung unter Vorpiegelung falscher Tatsachen die letzten Groschen aus der Tasche zu ziehen, ohne auch nur die geringste Garantie dafür zu bieten, daß wirklich eine Stellung beschafft wird. Namentlich unorganisierte Kollegen und junge Kolleginnen fallen diesem Treiben zum Opfer. Sie aufzuklären, sie zu warnen, soll der Zweck des Vortrages sein. Wir bitten alle Kollegen und Kolleginnen, alle Genossen, deren Söhne und Töchter im Handelsberufe tätig sind, sowie unsere Mitglieder, den Vortrag zahlreich zu besuchen. Besonders durch Stellenvermittlungvereine geschädigte Angestellte sollten sich melden, resp. die Veranstaltung besuchen. Es wird für manchen interessant sein, zu erfahren, auf welche Art und Weise der Stellenvermittlungslüge als lukratives Geschäft von gewissenlosen Leuten betrieben wird. Als weiterer Redner des Abends wird Kollege Warin Kühner, Chemiker, den von der Reichsregierung ausgearbeiteten Gesegentwurf betr. die Aenderung der Bestimmungen über die Konkurrenzklause in seinem Vortrage: Die Handlungsgesellschaften im Kampfe um ihre wirtschaftliche und persönliche Freiheit, besprechen. Da dieser Gesegentwurf dem Reichstage bereits zugegangen und bei seinem jetzigen Wiederauftritt beschleunigt wird, ist den Handlungsgesellschaften noch in letzter Stunde Gelegenheit gegeben, sich mit dieser wichtigen Frage zu beschäftigen und zu den Vorschlägen der Regierung Stellung zu nehmen.

##### Zentralverband der Handlungsgehilfen Bezirk Dresden, Nigenbergstr. 2, II.

#### Inland.

##### Lohnbewegungen.

Die Speicherarbeiter der Molandmühle in Bremen sollten nach Anordnung der Direktion nach Beendigung ihrer Tagesarbeit noch 8 bis 10 Stunden arbeiten, um die Silos leer zu machen. Sie erklärten sich dazu bereit, trotz der übermenschlichen Anstrengung, wenn für die Zeit ein entsprechender Lohnzuschlag bezahlt werde. Das lehnte die Direktion ab und machte durch Anschlag bekannt, daß jeder entlassen werde, der die verlangte Arbeitsleistung nicht ausführte. Um 6 Uhr abends machten die Arbeiter, 36 Mann, einmütig Freiabzug; zur selben Zeit erhielten sie aber auch ihre Entlohnung. Bei der jetzt vom Brauerei- und Mälzearbeiterverband eingeleiteten Verhandlung wurden die Differenzen zwischen der Arbeiterseite und dabei noch die Abschaffung der Abschreibung durchgesetzt; die Entlassenen wurden wieder eingestellt. Bei der Verhandlung erfuhr aber der Vertreter der Arbeiter von der Direktion, daß inzwischen der christliche Arbeitersekretär Partwig persönlich in der Molandmühle gewesen sei und 15 bis 18 brauchbare Arbeiter angeheuert hätte. So verließen christliche Arbeiterführer die berechtigten Ansprüche der Arbeiter durch Arbeitswilligen-Lieferung zu hintertreiben.

Zur Lohnbewegung in der Wendener Metallindustrie wird gemeldet, daß der Abrechnungspräsident von Auerberg auf Ersuchen des christlichen Bezirkssprechers zur Einleitung von Verhandlungen bereit war, die Firma Schmölke u. Komp. lehnte diese Vermittlung indes ab.

Am frommen Hebelacker wurden in der Hebelbacherfabrik von J. L. Thum die Mitglieder des christlichen gewerkschaftlichen Verbandes gemahnt, weil nach seiner Meinung in Hebelacker keine Organisation notwendig sei. Der Streik im Berliner Bleifenlegergewerbe umfaßt insgesamt 451 Bleifenleger und 146 Hilfsarbeiter. Alle jetzt noch arbeitenden Bleifenleger werden als Arbeitswillige angesehen.

#### Ausland.

##### Ausländische Gewerkschaftsbewegung.

Nach der offiziellen Statistik waren in England im Jahre 1911 nicht weniger wie 902 000 Personen an Arbeitstagen beteiligter, die höchste jemals erreichte Zahl. Rund 10 1/2 Millionen Arbeitstage gingen verloren. 7 Proz. waren völlig erfolglos, 9 Proz. erfolglos, die übrigen teilweise erfolgreich. Das Verbundorgan der Arbeiter in Wien wurde konfisziert, weil es in einer satirischen Tabelle die Ausgaben der europäischen Staaten für Militarismus und Volksbildung gegenüberstellte. Der Schweizer Gewerkschaftsorganizer wird Anfang September in Zürich tagen. Im Anschluß daran wird die internationale Konferenz der Gewerkschaftlichen Landesregenten stattfinden.

finden. — Wie die bürgerliche Presse berichtet, sollen die spanischen Eisenbahner, erbitzert über die Nichterfüllung der ihnen bei der letzten Bewegung gemachten Zusagen, einen neuen Generalstreik für den 6. Januar vorbereiten. — Wie das internationale Buchdruckersekretariat mitteilt, hat der bulgarische Typographenverband sich funktionieren aufgehört, da Vorstand und Mitglieder fast vollständig zum Militär einberufen wurden. Der Rest ist arbeitslos, da die meisten Druckereien vollständig geschlossen sind. — Die Telephonarbeiter der staatlichen Telephonanstalten der Provinz Saskatchewan in Kanada errangen nach einwöchigem Streik eine Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden und eine Lohnerhöhung.

### Soziales.

#### Die Einigungsverhandlungen zwischen Krankenkassen und Ärzten.

müssen nach der Betriebskrankenversicherung als gesichert angesehen werden. Dreimal hatten das Reichsamt des Innern und das preussische Ministerium des Innern gemeinsam Einigungsverhandlungen zwischen Krankenkassen und Ärzten eingeleitet. Auch die für den 6. Januar anberaumte Konferenz mußte wieder abgebrochen werden. Staatssekretär Delbrück hat erklärt, daß er sich bei der Auswahl der Verbände Beschränkungen nicht auferlegen lassen kann, daß die Regierung nicht in der Lage ist, nochmals einen Vermittlungsversuch zwischen den Ärzteorganisationen und den Krankenkassen zu machen und daß der Leipziger Verband die Verantwortung für das Scheitern des Vermittlungsversuches trägt.

### Parteiangelegenheiten.

#### Partei sekretärin.

Für die Provinz Schlesien zum baldigen Antritt, spätestens zum 1. April 1913, gesucht. Die Sekretärin soll hauptsächlich die Agitation und Organisation unter den Frauen und Mädchen der schlesischen Arbeitererschaft leiten und fördern. Bevorzugt werden Bewerberinnen, die auf diesem Gebiet schon Erfahrungen und Erfolge zu verzeichnen haben. Agitatorische und rednerische Befähigung ist erforderlich. Die Anstellung soll nach den Bedingungen der Arbeiterpresse erfolgen. Gewerbe mit Angaben der bisherigen Tätigkeit in der modernen Arbeiterbewegung sind bis zum 15. Februar an die Expedition des Vorwärts in Berlin zu richten.

#### Breslauer Justiz.

Auch in dem zu Ende gehenden Jahre 1912 hat die Breslauer Justiz gegenüber der Arbeiterbewegung ihren alten Ruf gewahrt. Zahlreiche äußerst harte Urteile sind wieder gegen Parteigenossen und Gewerkschafter gefällt worden. Niedmet man die erkannten Strafen gegen die Redaktion der Volkswehr, gegen die verurteilten Parteimitglieder und Gewerkschafter zusammen, so ergibt dies das Gesamturteil von 55 Monaten, 45 Wochen und 22 Tagen Gefängnis; 9 Wochen und 4 Tagen Haft und 293 M. Geldstrafe.

#### Sozialdemokratische Gemeinderatsmehrheit in Jena.

Durch die Eingemeindung von Lichtenhain und Jiegenhain ist die Stadt Jena über Nacht zu einer sozialdemokratischen Gemeinderatsmehrheit gekommen. Der Gemeinderat der Stadt Jena zählte bisher 30 Mitglieder. Den Orten Jiegenhain und Lichtenhain wurde aber nach dem Eingemeindungsakt das Recht zugestanden, aus ihrer bisherigen Gemeindeverwaltung je ein Mitglied in den Jenerer Gemeinderat zu entsenden. Beide Gemeindevertretungen erklärten nun einen Sozialdemokraten zu ihrem Vertreter, so daß die sozialdemokratische Fraktion des Jenerer Gemeinderats, die bisher vierzehn Mitglieder zählte, einen Zuwachs von zwei Mitgliedern erzielte. Damit standen sich die Bürgerlichen und die Sozialdemokraten in gleicher Stärke (je jehtzehn) gegenüber. Nachdem aber jetzt das Gemeinderatsmitglied Professor Weber aus persönlichen Gründen sein Amt niedergelegt hat, haben die Sozialdemokraten tatsächlich die Mehrheit im Jenerer Gemeinderat. Bei der Wahl des Präsidiums wurden Institutsdirektor Braudmann als Vorsitzender, Redakteur Haber als erster und Epifer Hädrich als zweiter Stellvertreter wiedergewählt. Die beiden letzteren gehören der sozialdemokratischen Partei an.

#### Russ aber Schluss!

Die Schwäbische Postzeitung erwirbt, nachdem sie auf die neuesten Auseinandersetzungen betr. des Ausganges der württembergischen Landesproporzahlen kurz eingegangen ist:

„Wir haben unseren Lesern pflichtgemäß von einer im Vorwärts gepflogenen polemischen Auseinandersetzung zwischen Genossen Westmeier und Anselmitzen des Metallarbeiterhauptvereins Kenntnis gegeben. Die Erklärungen und Gegenerklärungen, die dem Vorwärts und teilweise auch uns zugehen, scheinen sich aber ins Unendliche auszuweiden. Bei aller Hochachtung des Rechts der freien Meinungsäußerung halten wir dafür, daß es im Interesse und Ansehen der Partei besser ist, wenn an dieser Stelle diese Auseinandersetzung beendet und die Genossen wieder Auftragung ihrer klar formulierten Vorkämpfe an die zuständigen Instanzen verwiesen werden.“

Wir sind ganz derselben Ansicht.

#### Dresdner Polizeibericht vom 8. Januar.

1000 M. Diebstahl. Eine Diebstahl, die sich als Köchin verkleidet und sich Anna Chollma, auch Gosh, am 15. Juni 1887 in Bohemouth geboren, nennt, hat in der Nacht zum 6. Januar einer hiesigen Herrschaft viele Schmuckstücke und Kleidungsstücke gestohlen und ist seitdem mit ihrer Beute flüchtig. Auf die Wiederbeschaffung der gestohlenen Sachen sind 1000 M. Belohnung ausgesetzt. Die Diebin ist 1,56 Meter groß, hat hellblondes Haar — viel falsche Haare —, graue Augen, längliches Gesicht und blaue Gesichtsfarbe. Sie trägt vermutlich ein grünes Polster, das ihr Eigentum ist, aber Kleidungsstücke, die sie gestohlen hat. Die Königl. Polizeidirektion bittet um Verbreitung in der Presse. Wahrnehmungen werden an die Kriminalabteilung Dresden erbeten.

Auf der Waldstraße wurde gestern nachmittags ein zehnjähriges Mädchen von einem Kraftwagen überfahren und in diesem jämmerlich nach der Verbandsstation auf der Waldstraße gebracht. Hier stellte der diensthabende Arzt fest, daß das Mädchen schwere Quetschungen im Gesicht und am Brustkorb erlitten hatte und ohne dessen Unterstützung ins Friedrichshalden Krankenhaus an. Der Führer des Kraftwagens trifft keine Schuld. Gestern nachmittags stürzte in der Vorstadt Ostbau eine 30 Jahre alte Arbeiterkassette die zu ihrer Wohnung im Keller geschloß während Treppe hinunter und erlitt einen Schädelbruch, der bald danach ihren Tod herbeiführte.

Fahrraddieb. Von der Kriminalpolizei ist ein jugendlicher Fahrraddieb ermittelt worden, der seit Anfang Dezember vorigen Jahres hier mehrere Fahrräder gestohlen hat. Unter anderem will er am 7. Dezember, gegen 9 Uhr vormittags, auf der hiesigen Großen Jägerstraße ein Fahrrad, Marke „Wahner“

Nr. 12 746, ohne Freilauf, gestohlen haben. Ueber diesen Diebstahl ist aber bis jetzt keine Anzeige erstattet und der Eigentümer dieses Fahrrades wird deshalb ersucht, sich umgehend bei der hiesigen Kriminalabteilung, Schlegelstraße 7, I., zu melden.

Zum Polizeibericht vom Sonnabend den 4. Januar erkläre ich, daß ich der genannte Alfred Wäge nicht bin. Alfred Wäge, Oberpostsekretär Nr. 45.

#### Wetterbericht von der Wetterkule am der Friedrich-August-Brücke vom 8. Januar, mittags 12 Uhr.

Barometer 762. Schön Wetter.  
Thermometer + 2 1/2 °R.  
Thermometergraph: Min. - 1°, Max. + 8°.  
Hygrometer 75 %  
Wasserstand - 62 Zentimeter.

#### Prognose der hiesigen Landeswetterwarte für den 8. Januar.

Keine Witterungsänderung.

Wetterlage: Das Hoch befindet sich heute mit mehr als 775 mm über Ost-Deutschland und Westrußland. Nach dem Nordosten zu nimmt der Druck verhältnismäßig rasch ab und vertieft sich im Nordosten des russischen Reiches bis auf unter 760 mm. Ein zweites, erheblich kräftigeres Tief lagert westlich von Irland. Das Hoch bringt dem ganzen Festlande zunächst noch besseres, trockenes Wetter. Eine erhebliche Witterungsänderung ist bis morgen nicht zu erwarten. Späterhin erdehnt sich mit der weiteren Ausbreitung dieser Druckes von Nordosten her der Eintritt leichter Schneefälle nicht ausgeschlossen.

### Letzte Telegramme.

#### Vom sozialdemokratischen Freudentag.

Berlin, 8. Januar. (Privattelegramm.) In der heutigen Sitzung des preussischen Parteitagung der Genosse Weinstein zur Wahlrechtsfrage eine Kompromissresolution ein, die die verschiedenen Meinungen zwischen der Resolution der Landeskommission und der der Breslauer, Königsberger und Magdeburger Genossen überbrücken sollte. Im Laufe der Debatte wurden aber die eingebrachten Resolutionen, auch die des Genossen Bernheim, zurückgezogen. Die Magdeburger Genossen zogen ebenfalls ihre Resolution zurück, nachdem ein Vertreter erklärt hatte, daß die Ausführungen des Referenten der Magdeburger Resolution nahe kämen. In seinem Schlusswort erklärte daraufhin der Referent Genosse Birch, daß er gegen die Aufhebung des Magdeburger Vertreters Ermahnung einlege, da er sich in seinem Referat gegen die Resolution erklärt habe. Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte wurde schließlich die Wahlrechtsresolution der Landeskommission einstimmig angenommen.

#### Oesterreichs Interesse am Friedenenschluss.

Wien, 8. Januar. Unter Hinweis auf die bevorstehende Revidierung der Räfte in der Angelegenheit des Friedensschlusses betont das Fremdenblatt: So sehr man auch in durchsichtiger agitatorischer Absicht Notizen über angebliche Unstimmigkeiten zwischen den Vorkämpfern lancieren will, zeigt jeder Tag die Räfte einig in der Auffassung, daß ein baldiger Friedensschluss eine Notwendigkeit sei. Insbesondere Oesterreich-Ungarn hat das lebhafteste Interesse an einem baldigen Erfolge der Friedensverhandlungen; denn es muß nicht nur die Schäden des Kriegszustandes in der Landwirtschaft am meisten fühlen, vielmehr werden auch nach dem Friedensschlusse jene Verhandlungen aufgenommen werden, wodurch die wichtigen Fragen gelöst werden, die sich für Oesterreich-Ungarn aus der Neugestaltung der Verhältnisse auf dem Balkan ergeben.

#### Die Vermittlungsdaktion der Räfte in Sicht.

Paris, 8. Januar. Nach einer Meldung des Temps hat der englische Staatssekretär Sir Edward Grey den in London akkreditierten Vorkämpfern einen aus sechs Artikeln bestehenden Entwurf der der Flotte zu überreichenden Kollektivnote vorgelegt. Die sechs Artikel beziehen sich auf Adrianopel und die Inseln und stellen der Flotte für den Fall ihrer Willfährigkeit ausgiebige finanzielle Hilfe in Aussicht. Gleichzeitig ist ein von der französischen Regierung ausgehender Interventionsvorschlag an die Bolschaevunion geleitet worden.

#### London, 8. Januar. Gutem Vernehmen nach beschäftigt sich die Vorkämpferreunion in ihrer heutigen Nachmittagssitzung im besonderen mit der durch das gestrige Vorgehen der Alliierten geschaffenen Lage. Ihre Mitglieder sind einstimmig der Ansicht, daß eine gemeinsame Vermittlungsdaktion der Großmächte sich empfiehlt. Fraglich ist nur noch die Form, die ihr zu geben sein wird. Die Vorkämpfer erworten jetzt von ihren Regierungen Instruktionen.

#### Zum Präsidentenwahlkampf.

Paris, 8. Januar. Der Senatspräsident und Kandidat für die Präsidentenwahl der Republik Dubost wird von den Blättern sehr angegriffen, weil er als Präsident der für den 17. Januar einberufenen Nationalversammlung beschlossen hat, den Journalisten den Zutritt zu den Verhandlungen des Versailler Kongresses zu untersagen. Die Herausgeber der Pariser Zeitungen haben gestern nachmittags eine Versammlung abgehalten, um die gegen diesen Beschluss zu unternehmenden Schritte zu beraten. Die Revue Republique schreibt: Dubost ist über die Blätter aufgebracht, weil sie im allgemeinen der Kandidatur Poincaré zwei Sympathien entgegenbringen und will deshalb die Journalisten belassen, indem er ihnen den Zugang zu den Verhandlungen verweigert, dem einzigen Orte, wo am baldigen interessanten Dinge darzulegen und die tatsächlichen Mandate zwischen den einzelnen Wahlgängen durchgeführt werden.

#### Roquette.

Paris, 8. Januar. Dem Journal wird aus Reuvoir telegraphiert, daß Roquette am 15. November v. J. dort eingetroffen sei, jedoch nach kurzem Aufenthalt, weil ein Hotelangestellter ihn erkannt habe, sich nach Westis begeben habe, wo er vor allen polizeilichen Nachforschungen sicher sei.

#### Gefahr und gesunken.

Maria (Oregon), 8. Januar. Der Petroleumdampfer Rosciens ist während eines heftigen Sturmes bei Peace Spit gesunken und gesunken. Von der 36 Mann starken Besatzung hatten sich noch drei Mann an dem aus dem Wasser ragenden Mast fest. Es besteht aber wenig Hoffnung, daß sie sich retten können. Der Rest der Mannschaft ist wahrscheinlich umgekommen.

#### Folgen der Räfte.

Los Angeles, 8. Januar. Infolge der strengen Räfte ist die Zitronenernte in Kalifornien vernichtet. Man glaubt, daß nur der fünfte Teil zu retten ist. Der Schaden wird auf 20 Millionen Dollar geschätzt, monden die Eisenbahnen allein einen Verlust von 8 Millionen Dollar durch verminderte Frachteinahmen haben.

Das heutige Blatt umfaßt 12 Seiten.



# Kemnitz.

## Sonnabend den 11. Januar 1913, abends 8 1/2 Uhr, im Wettinschlößchen Deffentl. Einwohner-Versammlung

**Tages-Ordnung:**  
1. **Gemeindepolitik und Sozialdemokratie.**  
Referent: Stadtverordneter **Buck**, Dresden.  
2. **Die geplante Verschlechterung des Wahlrechts durch den Gemeinderat.**  
**Freie Aussprache.** — Zutritt hat jede über 18 Jahre alte Person.  
Der Gemeinderat ist zu dieser Versammlung schriftlich eingeladen. — Zahlreiches Erscheinen erwartet.  
Deffentl. politische Versammlung. **Der Einberufer:** Gotthard Richter, Bahnhofsstr. 9, II.

# Klotzsche!

## Sonnabend den 11. Januar, abends 8 1/2 Uhr Deffentl. Einwohner-Versammlung

**im Saale des Schänkhübels.**  
**Tages-Ordnung:**  
Die neue Zusammensetzung des Gemeinderats. — Die Tätigkeit des Gemeinderats. — Kandidaten-Konkurrenz für die bevorstehende Gemeinderatswahl.  
Bei der großen Bedeutung der bevorstehenden Gemeinderatswahlen werden alle Parteigenossen gebeten, für eine vollständige Versammlung zu sorgen.  
**Die Vertreter der Unanständigen.**

Nach erfolgter Ergänzungswahl des Vorstandes bezieht derselbe für das Jahr 1913 aus folgenden Herren:

**Kassenmitglieder:**  
Alfred Reher, Stellmacher, Laubegast  
Paul Köpfer, Köpfer, Leuben  
Paul Oehm, Buchhalter, Laubegast, stellv. Vorsitzender  
Paul Wittmann, Köpfer, Leuben  
Jesef Hermann, Maschinenf. Laubegast  
Gustav Ulrich, Spigenweber, Dobritz.

**Arbeitgeber:**  
Franz Schirmer, Baumeister, Laubegast, Schriftführer  
Franz Strauß, Tapeziermeister, Blasewitz, Vorsitzender  
Emil Vogel, Maschinenf. Blasewitz.

Blasewitz, den 7. Januar 1913.

**Der Vorstand**  
der Allgem. Ortskrankenkasse für Blasewitz u. Umg.

# Gewinn-Liste

des „Vereins für Kanarienzucht, Vogel-schutz u. Pflege“, gezogen am 7. Jan. 1913.

7 18 46 58 80 112 89 248 51 85 78 91 99 306 97 408 50 72  
81 517 88 708 62 91 827 56 61 86 76 98 914 22 37 92  
1028 88 56 79 84 90 1168 76 78 82 98 1241 59 84 1301 4 15  
30 35 37 64 1421 30 55 65 74 87 1503 41 1601 77 93 1707 12 62  
67 72 74 81 1838 47 89 1981 85 71  
2004 21 85 2121 2202 2302 79 2415 28 2518 24 65 91 2624  
2714 25 39 44 63 (3. Hauptgewinn), 2617 20 66 2906 14 25 40 63  
3959 80 88 97 3192 45 65 3211 24 3329 42 58 69 77 90 8428  
40 61 72 81 97 3500 21 24 29 67 71 90 3618 19 88 89 3718 28 31  
78 3805 20 32 34 3913 82 40 41 51 61 89  
4028 40 41 44 63 4111 37 80 61 78 97 4206 29 62 72 73  
4367 87 89 4400 27 4504 12 15 19 32 37 40 94 4637 58 61 81 92  
4763 58 89 4801 2 35 56 68 4978 80 81  
5116 87 88 5209 28 28 69 87 5338 71 78 5494 86 5608 16 23  
5716 57 87 89 5814 92 5915 67 88  
6028 29 56 90 6143 61 96 6205 8 29 72 79 83 92 95 6341 99  
6413 57 75 84 6528 58 57 69 6649 55 70 6701 12 26 48 59 62 71  
6862 66 78 83 6922 28 53 63 68 80  
7876 7121 32 38 47 88 96 7261 59 63 7328 45 57 7402 28 26  
28 81 57 76 7574 7659 7760 65 67 96 98 99 7808 51 41 (2. Haupt-  
gewinn), 82 98 7940 67 70  
8051 75 88 8124 8218 89 8394 91 8544 8607 67 70 81 86  
8704 91 8645 92 8916 18 84 74 78 91  
9108 28 57 9290 9332 37 61 9498 9522 32 49 9610 12 36 51  
9770 9910 14 32 48 86  
10922 46 79 10116 18 26 10210 23 10309 35 89 10558 62 72  
10600 13 59 82 10701 42 67 10807 18 91 10901 9 14 40 60 68  
11157 90 11253 68 97 11306 (1. Hauptgewinn), 14 28 80  
11400 55 92 96 11589 11624 88 11716 41 11833 65 99 81 11982  
12919 78 94 12148 93 12213 61 12304 32 97 54 61 12413 19  
27 41 12597 12672 12796 84 88 12816 43 78 12901 45 59 67  
13008 50 90 13141 96 99 99 13206 19 26 55 92 13346 50 64  
99 13404 77 13504 15 13600 13720 47 69 78 88 53 13904 82 94  
13909 54 59  
14013 26 89 45 79 14106 84 14271 73 97 14384 14427 34 98  
14584 52 70 74 14651 77 14742 83 92 14806 48 77 14908 50 87.

# Vorstadt Cotta.

Bestellungen auf die Volkszeitung, Wahren Jakob, freie Stunden, Neue Zeit sowie alle Partei- und Fachliteratur, nimmt entgegen Naumanns Buch- und Papierhandlung, Grillparzer Straße 13. — Inseraten-Annahme.

# Musenhalle

Einiges Varieté und Volkstheater des Westens.  
Täglich abends 8,10 mit großem Beifall aufgenommen  
**Spannaus aus Kiel??**  
Wer lachen will, der komme.  
Donnerstag: Neues Programm.  
Montag den 20. Januar: **MASKENBALL.**

**Rest. Reiserwitzer Park**  
Tharandter Straße — Inh. P. Bahltch  
empf. seine Spezialitäten einer geneigt. Beachtung. Versüßl. Mittagstisch.

**Bad u. Restaurant Erholung**  
Kemnitz-Str., Bahnhofsstr. 4  
Alle Arten Bäder, elektrisch, Licht-  
bad, Dampfbad, Massagen usw.  
Spezielle Nachkuren! — Essen und  
Trinken gut. — Heilwasser-Bäder.

**Heilmanns**  
Duell, Humorist, Redakteur, Vortrags-  
künstlerin. Ullandsstraße 2.

**Billig und gut  
Heidelbeerwein**  
5 Liter 2.75 M.  
10 Liter 5.25 M.

**Johannisbeerwein**  
5 Liter 3.25 M.  
10 Liter 6.25 M.

**Joseph Juraske**  
Weinhandlung u. Likörfabrik  
Freiberger Platz 24.

**Hilfe**  
6. Rückgrat-Ver-  
krümmungen.  
Neben Kostpunkt er-  
teilt kostenlos  
**F. Wenzel**  
Dresden, A.  
Friedrichstr. 5, 2.

**EPAN**  
Pilsener Str. 14 Tel. 8102  
Maukstraße 4 Tel. 2267  
Wismarplatz 13 Tel. 4182  
Eingang Lindenaustraße  
Höllnerstr. 12 Tel. 2906  
Sienerstr. 11 Tel. 4871  
Wartauer Str. 14 Tel. 4050

Pfotenauerstr. 24 Tel. 9970  
Wettinstraße 17 Tel. 1635  
Rosenstr. 43 Tel. 1735  
Fochstr. 27 Tel. 4598  
Zorgauer Str. 10 Tel. 1589  
Fronmeyerstr. 5 Tel. 2867  
Reiserwitzerstr. 11 Tel. 4114

Kontore und Lagerort: Wöllnischstr. 1. Tel. 1084.  
Direkt aus den Dampfern heute wieder zu erwarten:  
**Eine Hundertzentner-Waggonladung**  
**fr. Seefilch**

wobei besonders zu empfehlen:  
**Seelachs ohne Kopf** in feinsten großen Stücken . . . Pfund **20** Pf.  
bei mindestens 50 Pfund a 15 Pf., Postkonto **200** Pf.  
**Kabljan ohne Kopf** in feinsten großen Exemplaren . . . Pfund **25** Pf.  
**Kabljan „Gelaol.“** in 1- bis 2-pfünd. Prachtstücken . . . Pfund **25** Pf.  
bei mindestens 50 Pfund a 20 Pf., Postkonto **250** Pf.  
**Schellfisch „Gelaol.“** sehr knapp, mittelgroß . . . Pfund **30** Pf.  
**Goldbarsch ohne Kopf** gefrästete feinsten Fische . . . Pfund **32** Pf.  
Heute eintreffend:  
**Große grüne Heringe** 5 Pfund **60** Pf.  
die etwa 2/3, Jentner schwere Originalgröße 14 M.  
Ausführliche gedruckte Adressliste gratis.  
Verband prompt gegen Nachnahme.

**Bei Husten, Heiserkeit und Halsschmerzen**  
hat sich  
**Klepperbeis echt amerikanische Stolarante**  
durch ihre vorzüglich lindemde Wirkung immer mehr  
eingeführt. Die Stolarante ist in Amerika längst für alle  
Halsschmerzen in Gebrauch und zählt zu den wirksamsten  
u. wichtigsten Kräutern. Karton M 0.25, 0.50, 0.75, 1.50.  
Einige Tropfen Feldthymianöl (Flakon 30, 50 u. 90 Pf.)  
den Tee zugefügt, erhöht die Wirkung! In Verbindung  
mit Klepperbeis reinem Bienenhonig (Büchse  
M 0.60, 1.20 u. 2.25) kann sich jedermann einen ausgezeichneten  
Klepperbeis selbst darstellen, der überaus heilsam wirkt.  
Klepperbeis amerikan. Stolarantebeob., Schachtel M 0.25  
0.50, und 0.75.  
C. G. Klepperbeis, Dresden, Fasanenstraße 5, September 1907.

**Strumpfwaren- u. Trikotagen-  
Fabrikation Paul Krause**  
Dresden.  
Detail-Geschäfte:  
**Gerokstraße 54**  
**Bauisner Straße 23**  
**Annenstraße**  
**Göthe-Klemmingstraße.**  
Größtes Spezialunternehmen  
Dresden.  
Direkter Verkauf an Einzelne.

**Möbel**  
90 Kommoden, 20 Sofas, Bertilio,  
Trumeaus, Spiegel, Büffets, Stühle,  
Gerren-Schreibtische, Schlafzimmer-  
Rücken-Einrichtungen. Kleinstmübel  
jeder Art zu enorm bill. Preisen.  
Blüsig für Brautleute. Kupfer  
ohne Aufpreis zum gestiftet.  
**Große Zwingerstr. 15**  
Herrn Schneider.

Hygien. Frauenartikel  
**Frau Heusinger**  
99 u. 100 am See 37  
Göthe-Dippoldisdorfer Platz.

# SARRASANI

Telephon 17812 und 17760.

Allabendlich 7 1/2 Uhr  
**das Gala-Gröffnungs-  
Programm.**  
Sonnabend — Sonntag  
Mittwoch  
je  
**3 Uhr 27 1/2 Uhr**  
**Gala-Vorstellungen**  
Nachmittags zahlen Kinder  
auf allen Plätzen halbe  
Preise.

**200 Pferde**  
**18 Elefanten**  
**30 Löwen**  
**8 Seelöwen**  
**10 Kamelo**  
**10 Zebra**  
**22 Araber**  
**14 Japaner**  
**18 Chinesen**

Die besten Trapez-  
künstler der Welt.  
Die „Adone-Brothers“, die ver-  
wegensten Artisten der Welt.  
Freiheitsdresdener.  
Hohe Schule.

**Sarrasani-Trocadero**  
Während der ganzen Nacht  
geöffnet.  
Eintritt 3 Mark.  
Ab 11 Uhr abends:  
Tanz-Produktionen.  
Gesangsvorträge.  
Spezialitäten I. Ranges.

**Sie sparen**  
die Hälfte, wenn Sie herrschaftlich  
wenig getragen, Kleider kaufen.  
Anzüge von 7—25 M., Heber-  
jieber und Hüfter von 6—25 M.,  
Koppen 3—8 M., Hüften 2—6 M.,  
Nur Gr. Brdgr. II. II.  
Eingang Querstraße 10.  
Kunden v. auswärts Fahrt vergütet.

**Tüchtige Arbeiterinnen**  
auf Kolen, Fassonblumen (Wohn-  
und Christbaumum) sowie Lehr-  
mädchen auf Dekoration werden  
gefragt und für Ostern angenommen.  
Blumenfabrik Löttau, Poststraße 16.

Zaub. pünktl. Gästerrinnen gef.  
Eckardt, Dr.-Cotta, Tonbergstr. 6, 1.

**Ein sauberes Frau** zum Mittragen  
wird gesucht  
Leuben, Schulstraße 51, Hinterb.

**16 jähr. Gauemädchen** in Klein.  
Gauß, m. 1 Kind per 15 Jan. od.  
1. Febr. gef. Löttau, Poststr. 16, 1.

**Verband der Maler, Lackierer und Anstreicher.**  
Filiale Dresden.  
**Nachruf.**  
Den Mitgliedern hierdurch zur Nachricht, daß am 3. Januar  
unser Kollege, der Maler

**Max Posselt**  
im Alter von 40 Jahren gestorben ist. Wir werden ihm ein  
ehrenvolles Andenken bewahren.  
Die Verwaltung.

**Dank.**  
Für die überaus zahlreichen wohlwährenden Beweise der Liebe  
und Teilnahme durch Blumenschmuck, Wort, Schrift und letztes  
Geleit beim Heimzuge meines unvergesslichen lieben Gatten,  
unseres guten Vaters, Sohnes, Bruders, Onkels und Schwagers,  
des Maschinensetzers

**Otto Wetzel**  
sagen wir hierdurch allen unseren herzlichsten, tiefgefühltesten  
Dank. Besonderen Dank der Firma und dem Personal Kaden &  
Co., den werten Kollegen, dem Buchdrucker-Gesangsverein, den  
Haus- und Parteigenossen, sowie für das freiwillige Tragen.  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Dresden, Grottsch, Döbeln und Heringsdorf, 7. Januar 1913.

Beim Heimzuge unseres teuren Entschlafenen  
**Emil Rotsch**  
sind uns so viele Beweise innigster Teilnahme erwiesen worden,  
daß wir uns verpflichtet fühlen, allen unseren innigsten Dank  
auszusprechen. Es hat uns in unserem großen Schmerz un-  
endlich wohlgetan. In tiefster Trauer  
Klara verw. Rotsch nebst Kindern, Dr.-Pfeiffer, Osterbergstr. 1.

Burdigelehrt vom Grabe unserer unerblicklichen guten  
**Gertrud** drängt es uns, allen lieben Verwandten und Be-  
kanten unseren innigsten Dank auszusprechen. Besonderen  
Dank dem Turnverein für das freiwillige Tragen, den Herren  
Lehrern und ihren Mitspielern für die zahlreiche Begleitung  
zur letzten Ruhestätte.  
Die trauernde Familie Knebusch.  
Riebersperrwitz, 5. Januar 1913.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:  
Karl G. S. Dresden-Kittsch.  
Verantwortlich für den Inseratenteil:  
Gotthard Richter, Dresden.  
Druck und Verlag: Kaden & Komp., Dresden.



Sächsische Angelegenheiten.

Das neue Gemeindesteuergesetz.

III. (Schluß.)

Einige Vorschriften des neuen Gemeindesteuergesetzes regeln das Verhältnis zwischen Gemeindebedarf und Steuererhebungen. Dabei war jedoch in der Hauptsache der Gedanke maßgebend, den Gemeinden bei der Ausnutzung einzelner Steuerquellen im Interesse des Staates Beschränkungen aufzulegen; ganz besonders galt diese Absicht der Einkommensteuer. Da hatte die Regierung ursprünglich einen Passus (§ 45) in die Vorlage gebracht, der besagte, daß die Gemeinden höchstens 75 Prozent ihres Bedarfs durch die Einkommensteuer decken dürften. Der Zweck der Vorschrift war, die Steuergründe des Einkommens zum Vorteil des Staates zu schonen. Die Gemeinden wären aber dadurch indirekt veranlaßt worden, mehr als bisher zu unsozialen Steuern zu greifen. Daher beantragte die sozialdemokratischen Vertreter die Streichung dieser Bestimmung. Darauf erklärte die Regierung, sie würde an dem Gesetz kein Interesse mehr haben, wenn die Vorschrift ganz fiel. Auch ein Antrag, statt der 75 Prozent 90 Prozent zu setzen, fand keine Mehrheit; schließlich wurden mit Rüge 85 Prozent erreicht, die auch Gesetz geworden sind. Es dürfen also mindestens 15 Prozent des gesamten Gemeindebedarfs, einschließlich des Armenetats, nicht durch Einkommensteuer gedeckt werden. Der ungedeckt bleibende Teil ist mindestens im Betrage von 7 1/2 Prozent durch die Grundsteuer auszufüllen; doch können die Gemeinden auch einen größeren Teil des Bedarfs durch Grundsteuern decken. Allerdings wird der verbleibende Rest zum Teil durch die Besitzwechselabgaben und Hundesteuern gedeckt werden; doch reichen die Erträge dieser Steuern nicht aus, die Lücke zu füllen. Aus dieser Sachlage ergibt sich für Gemeindevertreter klar die Aufgabe, in erster Linie dafür einzutreten, daß mindestens 85 Prozent des Gesamtbedarfs der Gemeinde durch die Erträge der Einkommensteuer gedeckt werden und den verbleibenden Rest zum größten Teil durch Grundsteuern auszufüllen, um zu verhindern, daß die Besitzwechselabgaben überproportional und andere indirekte Abgaben neu eingeführt werden.

Die Grundsteuer wird in Zukunft in allen sächsischen Gemeinden eingeführt werden müssen, denn der § 45, der den Abschritt über die Grundsteuern einleitet, besagt: „In jeder Gemeinde, in der direkte Steuern erhoben werden, ist eine Steuer vom Grundbesitz zu erheben.“ Einer solchen Steuer unterliegen nach dem folgenden Paragraphen die im Gemeindebezirke gelegenen bebauten und unbebauten Grundstücke sowie die ihnen gleichgestellten dinglichen Rechte. Auch die Mindesthöhe der Grundsteuer ist, wie schon oben erwähnt, vorgeschrieben. Ursprünglich sollte aber von dem durch die Einkommensteuer nicht gedeckten Gemeindebedarf mindestens die Hälfte durch Grundsteuern aufgebracht werden. Die Erste Kammer jedoch, die beabsichtigt war, jede Belastung des Grundbesitzes nach Möglichkeit abzuwehren, hat den Mindestbetrag der Grundsteuer auf 7 1/2 Prozent festgesetzt. In Gemeinden, die 85 Prozent ihres Gesamtbedarfs durch die Einkommensteuer erheben, kommt das auf eins heraus; anders aber dort, wo nur 70 oder 80 Prozent durch die Einkommensteuer gedeckt werden. Da hätten nach der ursprünglichen Fassung mindestens 15 oder 10 Prozent des Bedarfs durch Grundsteuer aufgebracht werden müssen. Nach der von der Ersten Kammer durchgedrückten Wenderung sind in solchen Fällen nun auch nur mindestens 7 1/2 Prozent Grundsteuertrag erforderlich. Man sieht, die Herrenhäuser haben es auch hier verstanden, die Interessen der Grundbesitzer wahrzunehmen. Bemerkenswert ist, daß Gemeinden, die keine Einkommensteuer haben, mindestens 30 Prozent ihres Bedarfs durch die Grundsteuer decken sollen.

Ueber die Art und den Maßstab für die Grundsteuer sind den Gemeinden keine bindenden Vorschriften gegeben. Es heißt darüber vielmehr in § 52: Die Gemeinden können beschließen, daß als Maßstab für die Veranlagung der Grundsteuer die Grundsteuer insbesondere der Reinertrag, die Ertragsfähigkeit oder der Nutzungswert eines oder mehrerer Jahre, der Pacht- oder Mietwert oder der gemeine Wert der Grundstücke dienen soll. Ist kein anderer Maßstab für die Grundsteuer bestimmt, kann sie auch in gleichmäßigen Zuschlägen zur staatlichen Grundsteuer erhoben werden. Die sozialdemokratischen Vertreter waren bemüht, die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert als erste der Grundsteuerarten aufzuführen und den Gemeinden zu empfehlen. Das gelang auch in der ersten Lesung, wurde aber in der zweiten durch die bürgerlichen Parteien wieder zunichte gemacht. In der Praxis wird man doch vorwiegend auf die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert zurückkommen. Denn sie ist die gerechteste und ertragreichste und zugleich auch die einzige Grundsteuerart, die eine angemessene Besteuerung der Baustellen, der Biergärten, Parkanlagen und allen solchen Grundbestandes ermöglicht, der Zugswert dient, aber keinen Ertrag abwirft. Leider ist gerade die Grundwertsteuer durch besondere Bestimmungen noch durchlöcherter, ja geradezu für einen Teil des Grundbesitzes, für den sie zuerst in Betracht kommt, ausgeschaltet worden. Das gilt besonders von dem in zweiter Hand gelegenen Baulande, das noch nicht erschlossen ist, aber schon hochgefahrenen Spekulationswert hat. Auf Betreiben der Konserverbäcker ist nämlich ein Passus aufgenommen worden, der besagt, daß bei Grundstücken, die noch nicht an einer StraÙe liegen, also für die Bebauung noch nicht direkt erschlossen sind und noch zu landwirtschaftlichen, gärtnerischen oder forstwirtschaftlichen Zwecken benutzt werden, höchstens das Dreifache des bei gehöriger Bewirtschaftung zu erzielenden Ertrags als Wert in Ansatz zu bringen sei. Damit ist nicht nur für alle landwirtschaftlich betriebenen Grundstücke die Grundwertsteuer in eine unzulängliche Ertragssteuer verwandelt worden, es kann auch unerschlossenes Bauland nicht seinem hohen Werte entsprechend besteuert werden. Demnach werden sozialdemokratische Gemeindevertreter allenthalben bemüht sein müssen, die Grundsteuer nach dem gemeinen Werte zur Einführung zu bringen. Trotsalldem hat sie noch wesentliche Vorzüge vor anderen Grundsteuerarten.

Der folgende Abschnitt gilt den Gewerbesteuren, bei dem wir uns aber kurz halten können, nachdem der Abschritt selbst wesentlich gekürzt worden ist. Nach der Regierungsvorlage sollten die Gemeinden berechtigt sein, eine allgemeine Gewerbesteuer zu erheben, die natürlich Fabrikanlagen getroffen und belastet hätte. Der Passus ist aber, wie alle übrigen, die von der Gewerbesteuer handeln, gestrichen worden. Doch hat man damit im Grunde nichts erreicht. Da ein Verbot der Gewerbesteuer nicht aufgenommen worden ist, sind die Gemeinden nach wie vor berechtigt, Gewerbesteuern

einzuführen. Hinsichtlich der Schaftgewerbesteuer hatte die Zweite Kammer beschlossen, daß solche nicht neu eingeführt und, wo sie bestehen, nicht erhöht werden dürfen. Das wäre im Interesse des überlasteten Gastwirtsberufes nur zu begrüßen gewesen. Die Erste Kammer hat aber in diesem Punkte die Regierungsvorlage wieder hergesteuert, wonach die Erhebung von Betriebssteuern auf Schaftwirtschaften, Gastwirtschaften und Stätten des Kleinhandels mit Branntwein und Spiritus durch die Gemeinden zulässig ist. Dagegen ist die ursprünglich hier ebenfalls eingefügte rohe Umsatzsteuer gestrichen und durch ein schon erwähntes, bei § 32 eingefügtes Umsatzsteuerverbot unendlich gemacht worden.

Schließlich sei noch die Kopfsteuer, die rückständigste aller Steuern, erwähnt, die nach dem neuen Gemeindesteuergesetz (§ 61) nicht neu eingeführt und, soweit sie besteht, nur noch bis zum Jahre 1918 fortgehoben werden darf. Sozialdemokratischen Bemühungen ist es hauptsächlich zuzuschreiben, daß die Kopfsteuer nach sechs Jahren in Sachsen verschwunden sein wird. Ein früherer Termin war für ihre Aufhebung leider nicht zu erreichen.

Nach einige Worte über die kommunale Steuerfassung. Eine Dreisteuerordnung bedarf in Landgemeinden nach wie vor zu ihrer Annahme zweier zustimmender Beschlüsse des Gemeinderats, die in mindestens 14 Tage auseinander liegenden Sitzungen beschloffen werden müssen. In den Städten ist nur die übliche Versammlung erforderlich. Alle Gemeindebeschlüsse über die Gemeindesteuern bedürfen nach § 63 der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde.

Die übrigen Abschnitte des Gesetzes enthalten noch eingehende Vorschriften über das Veranlagungsverfahren, die Reklamation, die Steuerstrafen und Verjährungen. Es wird dadurch an den bisherigen Gepflogenheiten nichts Wesentliches geändert.

Mit dem neuen Gemeindesteuergesetz werden sich besonders die sozialdemokratischen Gemeindevertreter eingehender vertraut machen müssen, damit sie, wenn die Neuordnung der Gemeindesteuerhältnisse vorgenommen wird, genügend darüber orientiert sind und so beurteilen können, ob die Steuerrecht, die den Gemeinden auf Grund des Gesetzes zustehen, auch so angewandt werden, daß möglichst Gerechtigkeit im kommunalen Steuerwesen erreicht wird.

Zur Anwendung der „reformierten“ Landgemeindeordnung.

In Fißba wurde, obwohl die Unanständigen fast das Doppelte der Steuerleistung in Landgemeinden aufbringen, die Zahl der unanständigen Vertreter im Gemeinderat gleichwohl nur auf ein Drittel (5 zu 8 Vertreter der Anständigen) erhöht, und ein dagegen eingeleiteter Refus der Unanständigen vom Bezirksausschuß verworfen. Dieses Schicksal wurde von dem Referenten, einem Referendar (N.), damit begründet, daß es nicht gerechtfertigt sei, den Unanständigen die Hälfte der Gemeindevollmacht einzuräumen, weil eine große Zahl von ihnen auswärtig (in Chemnitz) in Arbeit sei, die Gemeinde aber die ganzen Lasten zu tragen habe.

Der angehende „Amtshauptmann“ dachte dabei jedenfalls an die auswärtig wohnenden — Unternehmer, denn man kann sich eine derartig sinnlose Begründung eigentlich kaum vorstellen, wenn man noch dazu berücksichtigt, daß die Arbeiter doch das Einkommen in der Gemeinde Fißba versteuern.

Es gewinnt auch den Anschein, als ob das Ministerium des Innern in der Anwendung der reformierten Landgemeindeordnung selbst nicht klar ist. Nach § 30, Absatz 6 soll die Zahl der unanständigen Gemeinderatsmitglieder wie bisher nicht mehr als ein Viertel der Gesamtzahl der Vertreter betragen. Die Bestimmung belagt also nicht, daß es nicht mehr sein dürfen und daß namentlich in Gemeinden, in denen die Steuerleistung wie die Kopfzahl der Unanständigen bedeutend überwiegt, die Zahl der unanständigen Vertreter entsprechend erhöht werden kann, auch wenn die Gemeinde die Sonderbestimmungen des § 30 a ff. nicht akzeptiert. Ein Umstand, der namentlich für industrielle Landgemeinden bis 3000 Einwohner in Frage kommt, die aber einen Teil der Sonderbestimmungen erfüllen können, soweit er sie materiell nicht besonders belastet.

Einen derartigen Versuch hat nun im Falle der Gemeinde Niederelbersdorf (Laußig), deren Gemeinderat gleichfalls beschloffen hatte, die Zahl der unanständigen Vertreter auf ein Drittel zu erhöhen, ohne sich den Sonderbestimmungen des § 30 b und folgende zu unterstellen, das Ministerium des Innern zurückgewiesen, weil auf Grund der überwiegenden Steuerleistung der Unanständigen der Beschluß ungerechtfertigt erscheine. Eine Auffassung, die schon auf Grund der Motive des Gesetzgebers unhaltbar erscheint, denn die Steuerleistung allein kann nicht ausschlaggebend sein, sondern die Kopfzahl ist mitentscheidend.

Das Gesetz läßt es bedingt zu, daß unanständige Vertreter, die im Laufe ihrer Wandlungsperiode in eine höhere Steuerklasse einrücken, noch als Vertreter der sie wählenden Steuerklasse zu gelten haben. Es liegt aber unferes Erachtens kein geheimes Hindernis vor, diese Frage überhaupt gegenstandslos zu machen durch die Annahme einer Bestimmung im Ortsgesetz: daß die Wahl der Vertreter der Unanständigen unabhängig ist von deren steuerpflichtigen Einkommen oder Steuerleistung, wenn sie die sonstigen Voraussetzungen der Wählbarkeit erfüllen. Inwieweit diese Fassung auf die Wahl der Anständigen anzuwenden oder der neue Absatz 3 des § 53 auf sie zu trifft, bleibt abzuwarten. Jedenfalls läßt die letztere Bestimmung diese Frage offen, während sie der zweite Satz des § 30, Abs. 6 zu verneinen scheint. Auf jeden Fall erscheint es ratsam, für die Vertretung der Unanständigen zunächst die positive Fassung zu wählen, um jeden Zweifel auszuschließen.

Alle diese kritischen Fragen beweisen aber, wie mangelhaft die „Reform“ der Landgemeindeordnung durchgeführt worden ist.

Der wäuerische Mörder ein nationaler Jugendheld.

Der Sächsische Volksstern hat über die schreckliche Mordtat des Kaufmannslehrling Wegold, dessen Opfer der Lehrling Gade war, noch folgendes berichtet:

„Was den Vorstoß zu seiner Tat veranlaßte, ist unklar geblieben aus demselben Grund. Er war nämlich ein eifriges Mitglied der bürgerlichen Jugendbewegung und besaß eine hohe Ehrenposition. U. a. soll er beim Jungdeutschlandbund der beste Schütze gewesen sein und auch die Kassengasse mit erlitten haben. Von den Mädchen

um er hat Veruntreuungen begangen, und deshalb ist bei ihm der Plan langsam herangereift, sich auf andere Weise Geld zu beschaffen. Schon vor kurzem fand er ein Portemonnaie mit dem Inhalte von 40 Mark, die er ebenfalls in seinem Interesse verwendete. Außerdem soll er noch ein eifriger Befehl der Reichs-Carter-Geschichten gewesen sein. Seine unmenschliche Tat wird der Mörder seiner Jugend wegen nicht mit dem Tod, aber wohl mit einigen Jahren Gefängnis bestraft werden. — In dem Erschlagenen aber verliert die Arbeiterjugend ein freigesames und gern gesehenes Mitglied, das seiner Unvergesslichkeit wegen von allen sehr geschätzt wurde.

Wie aber nun, wenn die Sache umgedreht gewesen wäre und der Täter der Arbeiterjugend angehört hätte? Sicherlich würde da die ganze bürgerliche Gesellschaft mit ihren Verbänden ein erschütterndes Geheul über die Verrohung der Arbeiterjugend anstimmen. So aber hat man vor der eigenen Tür zu klopfen, und wir können nur zu dem Schreiben des Jungdeutschlandbundes erklären, daß er dankt sehr wirksam die Schundliteratur ergänt. Daß sich natürlich auch die beiden sächsischen Blätter in Sensation über den bedauerlichen Vorfall überziehen, ist selbstverständlich. In ekelhaften Depeschen berichten sie bis in die kleinsten Details über die Mordtat; nur erwähnen sie nicht, daß der Mörder Mitglied der Jugenddeutschlandbund war.

Mit der furchtbaren Tat hängt auch eine Anzeige im Sächsischen Volksblatt zusammen, in der der Vorstand der Arbeiterjugend in Blauen den Tod ihres Mitgliedes, des Kaufmannslehrling Gade, anzeigt und um zahlreiche Beihiligung bei dessen Bestattung bittet.

Leipzig. Die groß der Aufwand für Neubauten und Unterhaltung von städtischen Bauten in einer Großstadt wie Leipzig im Laufe von zwei Jahren ist, darüber geben folgende Zahlen Auskunft. In Leipzig betragen in den Jahren 1911/12 die Kosten für Neubauten, Um- und Erweiterungsbauten allein 6 Millionen Mark. Dazu kommen noch für Betrieb und Unterhaltung der städtischen Gebäude 8 Millionen 300 000 Mark, so daß also mit Nebenausgaben das Jahrabkommen in Leipzig rund 14,3 Millionen Mark für Bauten ausgegeben hat.

Zittau. Die Ausbeziehung der Stadt Zittau aus dem Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Zittau, die vom Bezirksrat und von den städtischen Kollegien einmütig beschlossen worden ist, wird sich vorläufig nicht verwirklichen. Der Stadtrat hatte die Staatsregierung nach dem Scheitern des Bezirksverbandes ersucht, dem Landtage einen besonderen Gesetzentwurf über das Ausschneiden der Stadt Zittau aus dem Bezirksverbände vorzulegen. Das Ministerium des Innern hat indes geantwortet, daß es „keine Meinung“ habe, das Ausschneiden der größeren Mittelstädte aus dem Bezirksverbände durch Einzelgesetze zu regeln.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In erkranktem Zustande aufgefunden wurde in der Nähe des Schützenhauses in Fißba am Sonntag früh ein aus Chemnitz gebürtiger Herr namens Große. Er hatte von Pirna aus seinen Bruder in Herwigsdorf besucht. Wahrscheinlich ist ihm auf dem Rückwege unwohl geworden, worauf er hätte und in der Nähe Herwig blieb. Im Krankenbette starb er bald darauf. — In Brandis ist in den kommenden Tagen ausbrechen, daß sich rasch verbreitet hat. Die Werte brennen an mehreren Stellen, so daß es ausgeschlossen scheint, daß etwas gerettet wird. — Ein bedauerlicher Unfall trat in einem Betriebe in Kuerhammer an. Mehrere Arbeiter waren damit beschäftigt, einen Balken in lauchendem Wasser zu dämpfen. Als dabei der Arbeiter A. die Kette des den Balken haltenden Kranes ziehen wollte, um den Balken aus dem Wasser zu entfernen, rutschte er aus, und bei dem Versuche, hinwegzurutschen, sprang er in der Aufregung in das lauchende Wasser, wobei ihm beide Füße nicht unterbekannt verbrannt wurden. Der Verunglückte mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. — Die mehrfach erwähnte Angelegenheit des Reichsanwaltes im Polizeibereich bei Chemnitz hat jetzt völlige Klärung gefunden. Es handelt sich bei den beiden Toten ohne Zweifel um die Krankenpfleger Anna Kämpfer und Paul Kothe, welche bis zum 8. Dezember in Leipzig wohnhaft waren. Der Doppelmord wurde nach dem bei den Leichen aufgefundenen Brief am 5. Dezember begangen. Die Leiche Kothes wurde nach der Leipziger Anatomie geschafft, die des Kämpfer heute in Chemnitz beerdigt.

Stadt-Chronik.

Dresdner Skandalosa.

Die bekannte Skandalaffäre des ehemaligen Landgerichtsrats Dr. jur. Walter Snell in Dresden beschäftigte am Dienstag in letzter Instanz den 4. Strafsenat des Reichsgerichts. Dr. Snell ist wegen Betrugs in fortgesetzter Handlung von der 5. Strafsenkammer des Landgerichts Dresden am 18. September 1912 zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr 6 Monaten verurteilt worden, worauf sechs Monate der verbüßten Untersuchungshaft angerechnet worden sind. Außerdem wurde ihm auf die Dauer von drei Jahren die Fähigkeit aberkannt, ein öffentliches Amt zu bekleiden. Nach den Urteilsfeststellungen ist Dr. Snell nach Ableistung des Vorbereitungsdienstes und Ablegung der zweiten Staatsprüfung am 16. Januar 1899 in die sächsische Justizverwaltung eingetreten. Er machte rasch Karriere und wurde schon nach wenigen Jahren zum Landgerichtsrat beim Landgericht Dresden ernannt. Sein Ausschneiden aus dem Staatsdienst unter Verzicht auf Titel, Rang und Pension erfolgte kurz vor der gegen ihn anstehenden Hauptverhandlung. Während seiner ersten Dienstjahre hatte Dr. Snell bis zum Jahre 1903 längeren Urlaub genommen, um ins Auswärtige Amt einzutreten. Er bekleidete hier mehrere herborgehobene Posten, zuletzt war er deutscher Vizekonsul in Chicago. Auf der Rückfahrt machte er auf dem Dampfer die Bekanntschaft einer Amerikanerin, die ihn alsbald so bestrickte, daß er sich dazu hinreißend ließ, für die hohen Schulden der schönen Dame selbstschuldnerische Bürgschaft zu übernehmen. Dies brachte ihn ins Unglück. Denn als die Gläubiger der Frau Befriedigung verlangten, mußte Dr. Snell mangels eines eigenen Vermögens Darlehen aufnehmen, um zahlen zu können. So wuchsen seine Schulden bald mit unheimlicher Schnelligkeit, bis Ende Februar 1908 das sächsische Justizministerium ihm aufgab, seine Verhältnisse in Ordnung zu bringen. Der Landgerichtsrat kam der Weisung auch nach und schloß mit seinen Gläubigern einen Akord ab, dahingehend, daß er sein Gehalt bis auf 200 Mark monatlich an einen Rechtsanwalt abführen sollte, dem es oblag, als Treuhänder die Gläubiger entsprechend der Höhe ihrer Forderungen ratenweise von dem eingehenden Geld zu befriedigen.

Jetzt schien Dr. Snell sanfter, seine Vermögenslage geordnet zu sein, und am 1. Oktober 1909 erklärte das Verlaßgericht Dresden den am 24. Mai 1909 gefaßten Beschluß auf Dienstentlassung für ungültig. Gegenüber dieser günstigen Auffassung stand es jedoch mit Dr. Snell recht bedenklich. Er setzte trotz seines geringen Einkommens den ge-



wohnten tugendlichen Lebenswandel fort und nahm fortwährend gegen Wechsel und Schecks neue Darlehen auf, teils zu verschwendischen Ausgaben, teils auch um einige ungestülme Gläubiger mit Abschlagszahlungen zu befriedigen. Klagen und Pfändungen wußte er geschickt durch allerlei Sonderabkommen und Versprechungen aus dem Wege zu gehen. Um neue Tricks, Gelder zu erlangen, war er nie verlegen. Sein Titel und Rang, angebliche Heiratsausichten, geschickt aufgesetzte Zeitungsannoncen, günstige Schilderungen seiner Lage, alles dies bewog zahlreiche Kapitalisten, dem Dr. Snell ihre Ersparnisse herzugeben. Bis zu seiner Verhaftung hatte er 32 000 M. Schulden! Wie das Urteil des Landgerichts besagt, hat Dr. Snell seit Mai 1909 gewußt, daß die Darlehensgeber für ihr bares Geld nur unsichere Forderungen an einen vermögenslosen Mann erhielten und hierdurch an ihrem Vermögen geschädigt wurden. Die aus Zeit gegebenen Darlehen hat er nur durch Zufall manchmal zurückzahlen können. Um sich den rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, hat er zu Täuschungs-handlungen seine Zuflucht genommen und somit den Tatbestand des Betrugs erfüllt. Als leichtsinniger, rücksichtsloser Schuldenmacher hat er seine eigene Karriere demütigt und zahlreiche Leute pekuniär geschädigt. — Gegen seine Verurteilung verfolge Dr. Snell Revision beim Reichsgericht mit prozeßualer und materieller Beschwerde. Die Klagen bezogen sich im wesentlichen auf angebliche Verstöße bei der Bildung der Kammer, bei der Nichtverteidigung eines Belastungszeugen und bei der Behandlung mehrerer Anträge der Verteidigung, ferner sollten die tatsächlichen Feststellungen ungenügend sein. Diese Klagen wurden dem Angeklagten selbst und von seinen Verteidigern, Dr. Engelbrecht und Dr. Voefler, persönlich vor dem Straßsenat geltend gemacht. Das Reichsgericht hat jedoch das Urteil für widerspruchsfrei befunden, ist in allen Fällen den Ausführungen der Vorinstanz und des Reichsanwaltschaftsbetreters Landgerichtsdirektor Dr. Heintze (früher in Dresden) beigetreten, hat das Rechtsmittel als unbegründet verworfen und somit das Urteil der Vorinstanz bestätigt.

Die Dresdner Nachrichten

antworten auf unsere Notiz: „Verlegen und verlogen“, wobei das Wort abermals eine traffe Metapher mißt. Uns mit ihm über Klassenjustiz und ähnliches weiter zu unterhalten hat nach diesen Ergebnissen keinen Zweck. Wir möchten nur daran erinnern, daß selbst ein Dresdner Jurist, der ehemalige Reichstagsabgeordnete, Landgerichtsdirektor Dr. Heintze in einer Rede im Reichstag das Vorhandensein einer Klassenjustiz in gewissen Fällen zugegeben hat. Wir weisen ferner darauf hin, daß vor Jahren ein Berliner Bericht dem sächsischen Oberlandesgericht in einem Urteil attestierte, daß es in einem politischen Prozeß gegen Sozialdemokraten die Anwendung von zweierlei Recht zum Ausdruck gebracht habe. Ein Vorfall, der seinerzeit großes Aufsehen erregte und für die sächsische Justiz nicht gerade erbaulich war. Wenn die Dresdner Nachrichten erklären, daß „Bewegung des Rechts durch Richter und Postbeamte ein justizhausmäßiges Verbrechen“ darstelle, so zeigt diese Bemerkung die ganze karriole Unbeholfenheit auf jener Seite. Als ob Klassenjustiz juristisch nachweisbar wäre! Als ob es Staatsanwälte gebe, die dagegen einschreiten könnten! Wer mit papierenen Paragraphen der Klassenjustiz belommen will, macht sich lächerlich. Und noch lächerlicher, wer da meint, daß es keine Prozesse und Verurteilungen gegen Richter und Behörden gebe, sei der Beweis, daß eben keine Klassenjustiz vorhanden sei! O sancta simplicitas!

Etwas anderes interessiert uns aber recht sehr an der sonst komischen Entgegnung der Dresdner Nachrichten. Wir hatten bekanntlich stark vermutet, daß der Einsender und Verfasser der gegen uns gerichteten „Wie es gemacht wird“-Notizen der Herr Amtsgerichtspräsident Dr. Voefler sei. Darauf wissen die Dresdner Nachrichten nichts zu sagen! Keine Antwort ist in diesem Falle auch eine, und zwar eine sehr bemerkenswerte Antwort. Herr Dr. Voefler ist also derjenige! Das festzustellen zu sehen, ist uns das Wichtigste an der ganzen Sache.

Mädchen-Fortbildungsklasse.

Um dem Bedürfnisse der weiblichen schulentlassenen Jugend nach einer weiteren Ausbildung entgegenzukommen, werden auch im Schuljahr 1913/14 die bestehenden Mädchen-Fortbildungsklassen weitergeführt. Der Unterricht in diesen Klassen beginnt am 31. März 1913 und umfaßt Literatur mit Aufsatz, Hauswirtschaftslehre, Gesundheits- und Erziehungslehre, Französisch, Englisch, Buchführung, Stenographie, Kunstgeschichte, Turnen, Weisheiten, Kochen, Singen. Die Unterrichtsgänge sind einjährig; doch kann der fremdsprachliche Unterricht bei genügender Beteiligung in einem zweiten Schuljahre fortgesetzt werden. Das Schulgeld beträgt für eine Wochenstunde jährlich 4 M., für die Beteiligung am vierwöchigen Kochunterricht sind nur 10 M. jährlich zu entrichten. Außerdem sind beim Kochunterricht vierwöchentlich 5 M. zur Beschaffung der Kochmaterialien voraus zu bezapfen, wofür die zubereiteten Speisen den Schülern überlassen werden. Aufnahmegebühren werden nicht erhoben. Aufnahmefähig sind frühere Bürger- und Bezirks-schülerinnen. Jede Schülerin kann sich die Unterrichtsfächer nach Bedarf wählen, je nachdem sie sich für ihren häuslichen Hausfrauenberuf oder für die wirtschaftliche Selbständigkeit vorbereiten will. Die Leiter der Mädchen-Fortbildungsklassen sind die Direktoren der Bürgerschulen: Ammonstraße 17/19, Seminarstraße 11, Liebsstraße 14, Guckowstraße 30, Silbermannstraße 5, Marktgraf-Heinrich-Straße 24, Bürgerer Straße 5. Anmeldungen sind bis 15. Februar bei diesen Schulen zu bewirken. Für solche Schülerinnen, die beabsichtigen, sich dem Radelarbeits- oder Haushaltungslehrerinnenberufe zu widmen, wird für das Schuljahr 1913/14 die Mädchen-Fortbildungsklasse der 2./7. Bürgerschule, Ammonstraße 17/19, in der Weise weiter angefordert, daß durch ihren Besuch das Bildungsziel erreicht wird, wie es in der ministeriellen Verfügung vom 13. Februar 1911 für den Eintritt in die Ausbildungskurse der Radelarbeits- oder Haushaltungslehrerinnen erforderlich wird. Der Unterricht in dieser Klasse, der gleichfalls am 31. März 1913 beginnt, umfaßt folgende Fächer: Deutsch, Französisch, Englisch, Mathematik, Geschichte, Geographie, Naturlehre, Naturbeschreibung. Der Unterrichtsgang ist einjährig. Das Schulgeld beträgt für eine Wochenstunde jährlich 4 M., mithin zusammen 120 M. jährlich. Aufnahmefähig sind frühere Bürger- und Bezirks-schülerinnen. Jede Schülerin ist zur Teilnahme an allen 30 Wochenstunden verpflichtet. Anmeldungen sind bis zum 15. Februar 1913 bei Herrn Direktor Schütze in der 2./7. Bürgerschule, Ammonstraße 17/19, zu bewirken.

Blumentag-Kummel.

Am 22. Mai soll in Dresden unter dem Namen eines „Kinder- und Jugendhilfsstags“ für Zwecke der Tuberkulosebekämpfung ein Blumentag stattfinden. Die erste dieser Veranstaltungen hat zu lebhaften Kritiken geführt, und mit unvernünftigen auch angelegene bürgerliche Kreise diese Art Wohltätigkeit als eine würdelose Sache. In einem Zirkular wird die Presse, auf deren Mitwirkung ja sehr viel ankommt, um diese Mitwirkung und um die Bildung eines Presseausschusses ersucht. Wir lehnen diese Mithilfe natürlich entschieden ab, unsere Bedenken gegen solchen Kummel sprachen wir wiederholt und unzweideutig aus. Die sozialdemokratischen Parteiorganisationen stehen selbstverständlich auf dem gleichen Standpunkt, woraus sich die Konsequenzen für jedes Parteimitglied ergeben: jede aktive oder passive Unterstüßung der Sache hat zu unterbleiben! Im übrigen wollen wir die Veranstalter in ihrem Beginnen nicht fördern. Sollte jedoch wieder, wie das letzmal, eine Verlesung des Publikums mit der Sache verbunden sein, dann werden wir auf das schärfste dagegen Stellung nehmen.

„Patrioten“.

Wir erhielten mit einer Nummer des Boten vom Lande, Agitationszeitung für den 4. Wahlkreis, folgende Zuschrift: An die Redaktion der sogenannten Dresdner Volkszeitung. Das Papier ist zu Klosettmedien zu schlecht. Man würde sich die Finger beschmutzen. Der Inhalt von 2 bis 3 feige Lügen und der höchste Blödsinn. Der arme Mann muß für Schulf und Betrüger seine sauer verdienten Ersparnisse opfern. Du jauchst Subject müßtest dich haben. Sich mit Dir zu unterhalten wäre Zeitverschwendung. Wer sage uns einmal wer wünscht denn Krieg? Unsere Deutschen Fürsten und Regierungen, sowie der Patriot sicher nicht. Ihr Menschenbegluder (Schweinehund in specie) seid die Friedensfeinde auf die wir mit kaltem Blut schießen werden, wenn es nötig wird. Sagt doch mal dem Gehel, Nebel, Niebuech, Heine und wie sie alle heißen daß sie die von den Arbeitern erprekten Groschen, durch die sie wohlhabend geworden sind, herausgeben. Da müßten wir einmal sehen wie sich die Volksbegluder verhalten würden. Wenn wir zu bestimmen hätten, würde ein Etid Congo an die Sozialdemokratie zur Errichtung eines Zukunftsstaates mit Gehel als Präsident abgetreten. Da würden wir was erleben. Ihr seid ja sehr freilebend — wie Flugblatt zeigt — und nehmt daher nichts übel. Viele treue Patrioten (Arbeiter).

Der Schreiber hat recht geraten: Leuten in solcher Geistesverfassung nehmen wir nichts übel. Die Zuschrift ist natürlich anonym, wir geben sie aber zur Kenntnis, um zu zeigen, welcher Art häufig die Leute sind, die den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen sich berufen glauben. Wir können den bürgerlichen Parteien diese „treuen Patrioten“, auch wenn es wirklich Arbeiter sein sollten. Es muß nicht allemal ein Professor sein, der solche Geistesblitze gegen die Sozialdemokratie entsendet.

Einen auffälligen Rückgang der Sparanlagen bei der Dresdner städtischen Sparkasse zeigen die Zahlen über den Geschäftsbetrieb im Monat Dezember 1912 gegenüber dem gleichen Monat 1911. Danach erfolgten rund 4800 Einzahlungen weniger, so daß über 170000 M. weniger eingingen. Die Angaben zeigen ferner, daß 2900 Auszahlungen mehr erfolgten und daß die Höhe der ausbezahlten Summe fast um eine volle Million über die des vorigen Dezember hinausging. Im ganzen beträgt der Unterchied zu ungunsten der Sparkasse rund 140000 M. Wirtschaftliche Not und Kriegsfurcht dürften die Ursachen dieses Vorgangs sein.

Russisches Schweinefleisch wird von heute an in 67 durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen zum Preise von 40 bis 96 Pfennig pro Pfund — sechs verschiedene Sorten — abgegeben. Die Preise für das vom Raie eingeführte Fleisch verstehen sich laut amtlicher Bekanntmachung ohne Zulage.

Infant. Vermisst im Keller aufgefunden wurde in einem Hause der Wittmer Straße eine Frau W. Sie ist wahrscheinlich die Treppe hinabgestürzt und hat sich einen Bruch des linken Arms und andere Verletzungen zugezogen. Die Wohlfahrtspolizei beförderte die Vermisste nach dem Krankenhaus Friedrichstadt.

Selbstmorde. Der 63 Jahre alte, in der Jahnschasse wohnhafte Baumeister Oswald Gebhardt wurde seit einigen Tagen vermißt. Man fand ihn in einem kleinen Zimmer seiner Wohnung erhängt vor. — In ihrer Burgstraße 1 gelegenen Wohnung erhängte sich die Inhaberin einer Obsthandlung, die 49 Jahre alte verwitwete Anna Mehnert.

Roskes Zeitungs-katalog. Ein zuverlässiger Führer durch das weite Gebiet des Zeitungs- und Annoncensensens ist der zum Jahreswechsel in 46. Auflage erschienene Zeitungskatalog der Annoncenspedition Rudolf Roske. In sorgfältigster Weise nach dem neuesten Material bearbeitet, enthält er alle für Interessenten wichtigen Angaben. Einen besonderen Vorzug verleiht dem Katalog die Beigabe von Rudolf Roskes Normal-Preisenmesser, der eine bequeme Handhabe für eine korrekte Zeilenberechnung bietet und den Katalog zu einem guten Katalog für jeden Interessenten macht. Neben dem Zeitungskatalog widmet die Firma Rudolf Roske ihren Kunden wiederum eine elegant ausgestattete Schreibtafel, die, außer einem Katalog für jeden Tag des Jahres, eine Reihe wissenschaftlicher geschäftlicher Angaben bringt. Weiter enthält diese Schreibtafel eine Anzahl Reproduktionen auffälliger Anzeigenentwürfe, wie sie von der Firma Rudolf Roske für Kunden ihres Hauses angefertigt wurden. Druck und Ausstattung des Katalogs und der Schreibtafel sind geschmackvoll.

Gesellschaft. Herr Affessor Dr. Rusk wird eine Reihe von Vorträgen über den Arbeitsmarkt vom 8. Januar an halten. Eintrittskarten für Herren werden unentgeltlich gegen Einzeichnung kleine Brüdergasse 21, I. ausgegeben wochentags von 10—2 und außer Sonnabends 5—9 Uhr.

Im Verein für neue Frauenkleidung und Frauenkultur findet morgen Donnerstag, nachmittags 4 bis 6 Uhr, Ausstellung im Künstlerhaus, Eingang Gruner Straße, statt. Ausgestellt wird eine Sammlung von neuen Modellen und anderem Anschauungsmaterial, das die Deutsche Volksbörngesellschaft zur Verfügung stellt. Den erläuternden Vortrag hält Herr Dr. med. Quersien 4 1/2 Uhr. Außerdem ist Ober- und Unterkleidung, Schuhwerk, Literatur und Kunstgewerbliches vertreten.

Rinderschulskommission der drei Kreise. Wir ersuchen alle tätigen Mitglieder, ihre im laufenden Jahre erlebten Fälle auf dem Fragebogen anzugeben und umgebend an Frau Leinsohn einzufenden, da diesen Monat noch die Generalversammlung stattzufinden hat und der Bericht an das Kartell abzuliefern ist.

Aus der Umgebung.

Koschütz. Am 9. und 10. dieses Monats wird auf der hiesigen Freibank (Körnerstr. 17a) ein Verkauf von Seefischen (Rabeljaun und Seelachs) stattfinden, und zwar vorm. 10—12 Uhr und nachm. 4—6 Uhr.

Koffeabaude. Der öffentliche Fischmarkt findet morgen Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, wieder statt. Es ist wohl zu erwarten, daß von der Arbeiterbevölkerung dieser Einrichtung die entsprechende Beachtung geschenkt wird. Es wird nur beste Ware zu billigsten Tagespreisen verkauft. — Ferner sei darauf hingewiesen, daß der künstlerische Entwurf über die Verwendungs des Kapellengeländes von Professor Postelmeier im Modell fertiggestellt ist, das an den Sonntag im Januar im Sitzungssaal der alten Kapelle, mittags von 11 bis 1 Uhr, öffentlich ausgestellt ist. Bei der Wichtigkeit des Projekts für die Gemeinde ist eine Besichtigung des Modells sowie des Geländes seitens der Einwohnerschaft zu wünschen.

Gohlis. Heute Mittwoch, abends 7 Uhr, findet die erste diesjährige öffentliche Gemeinderatsprüfung statt.

Deuben. Bei der Gemeinderatswahl wurden in der Klasse der höchstbesteuerten Anfassigen zwei Kandidaten des Bürgerausschusses und einer des Hausbesitzervereins als Vertreter gewählt, während die fünf Ergänzämner von der Liste des Bürgerausschusses die Mehrheit erhielten. Als Vertreter erhielten Lichtermeister Lange 87, Fabrikdirektor Berger 80, Baugeschäftsinhaber Richter 72, Walermeister Köhler 74, Eisenbrecher Matz 54 und Fabrikant Gebauer 51 Stimmen. In der Klasse der minderbesteuerten Anfassigen wurden, da Gegner nicht aufgestellt waren, die Genossen Wax Noaf, Germann Kunze und Richard Richter als Vertreter, sowie Robert Rist, Otto Köpck und Gustav Grahl als Ergänzämner glatt gewählt. In der Klasse der minderbesteuerten Unanfassigen waren ebenfalls Gegner nicht aufgestellt, so daß die Genossen Bernd mit 502 Stimmen als Vertreter, und Wäx, Köpck und Wippmann als Ergänzämner aus der Wahl hervorgingen. Die Wahlberechtigte, 144 Wähler; 2. Klasse 239 Wahlberechtigte, 78 Wähler; 3. Klasse der Unanfassigen 1180 Wahlberechtigte, 332 Wähler machten von dem Stimmrecht Gebrauch.

Das Verschwinden des Lehgerbers J. aus Deuben scheint jetzt Aufklärung zu finden. J. hatte sich vor einigen Tagen ohne ersichtlichen Grund aus seiner Wohnung entfernt. Jetzt ist ein Brief aus Riesa eingetroffen, indem er schreibt, bei Riesa in der Elbe sich zu ertränken.

Kunnersdorf bei Wannevit. Die Frau des Hausbesizers D. hat sich am Montag im Keller mit Petroleum übergossen und dann angezündet. Sie wurde tot und durch die Flammen schrecklich verunstaltet von ihren Angehörigen, die sie suchten, aufgefunden. Der schauerliche Selbstmord ist offenbar in einem Anfall von Geistesstörung begangen worden.

Lochwitz. Die Gemeinderatswahlen finden am 24. und 25. Januar statt. Die Wählerlisten liegen vom 1. bis 14. Januar im Gemeindeamt und beim Lagerhalter Schreiber aus. Wir ersuchen die Parteigenossen dringend, sich davon zu überzeugen, ob sie in der Wählerliste stehen, und welcher Klasse sie zugeteilt sind. Die Wahlen finden diesmal nach einem neuen Modus statt, und zwar wählen die Grundstücksbesitzer getrennt, die unanfassigen Einwohner wählen nach Bezirken und sind in drei Klassen geteilt. Wer die Wählerlisten nicht selbst einsehen kann, wende sich an die Gemeindevertreter Kühnel, Gähler und Kornwacker.

Radeben. Heute Mittwoch, abends 7 Uhr, findet im Sitzungssaal des Rathauses öffentliche Gemeinderatsprüfung statt. Die Tagesordnung umfaßt 11 Punkte und enthält unter anderem: Vortrag des Jahresberichts und Verpfändung und Einweisung der wieder- und neuergewählten Gemeindevertreter; Mitteilungen; Berichte des Finanzausschusses; Allgemeines. Zahlreicher Besuch der Sitzungen im neuen Jahre als bisher ist dringend erwünscht.

Achtung! Vereinsfaktell. Sonntag den 12. Januar, vormittags 9 Uhr, Sitzung bei Ausland (Scharfe Ecke).

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Eintragsliche Verträge.

Der Leinwandhändler und Kloblerpieler Karl Wilhelm Gebreich aus Leipzig, der gegenwärtig eine achtmonatige Gefängnisstrafe verbüßt, kam am 29. Mal hier zu dem Instrumentenmacher Schütz, stellte sich als Lehrer in der katholischen Schule, namens Steinböhl, vor und kaufte ein Taschenkalender für 600 M. und ein Harmonium für 300 M. Es wurde ein Verbotstag ausgefertigt, worin sich der Verkäufer das Eigentumsrecht bis zur völligen Bezahlung vorbehalten und auch eine Verbotsbüße festgesetzt worden war. Beide Instrumente verkaufte Schütz darauf für 400 M. Wenige Tage später überreichte H. dasbeide Instrumente bei dem Pianofortfabrikanten Ulrich. Hier trat er als Lehrer Mittelteiler auf, unterzeichnete auch mit diesem Namen den Verbotstrakt. Diesmal blieb es aber beim Verkauf, denn L. erkaufte sich, ob Lehrer H. auch in der angegebenen Wohnung existierte. Ein Bild in das Adressbuch offenbarte den Schwindel, und das Instrument wurde nicht abgeliefert. Der Angeklagte gab zu, daß er die Instrumenten nur unternehmen hatte, um sich Geld zu verschaffen. Es ist niemand geschädigt, da die Frau des Angeklagten aus ihrem Mitleid alles gedeckt hat. H. erhielt eine Zusatzstrafe von 6 Monaten Gefängnis.

Oeffentliches Vergehnis

Durch Tierquälerei erzeugte am Nachmittags des 12. September auf dem Zentralbahnhof der Bauarbeiter Emil Moriz Kengel. Ein Rauscher hatte ihm seine Pferde zu halten gegeben, und da die Tiere nach 22. Nacht nicht ruhig genug standen, schlug er sie mit den geballten Fäusten fortgesetzt zwischen die Rippen und versetzte noch durch rohes Schimpfen Schand. Es sammelte sich eine Menge Leute an, die sich über 2. aufregten und ihm das Schlagen der Pferde verboten. Die Menschenansammlung wurde größer und der Verkehr gehindert. Am kam der Auffichtsbeamte der Bahn, der Ruhe gebot. Auch der Beamte wurde mit allen möglichen Schimpfworten bedeckt. Schließlich wurde K. festgenommen. Am Nachmittags des 25. November fuhr er aus einer Kasse für in der Galeriestraße eine leere Riste im Werte von 6 M. Hier gab er an, in der äußeren Riste gearbeitet zu haben, er war arbeitslos und hatte kein Geld. Der Angeklagte ist schon oft bestraft; er erhielt wegen Rückfallschuld und Verleumdung 3 Monate 1 Woche Gefängnis.

Schlichtengericht.

Spielgeschunden.

Der Kaufmann Göhler verleiht einen armen Arbeiter namens Hartmann zum Weiten. Der Arbeiter dankte so wenig, daß er das Weitegeld nicht bezahlen konnte, zumal er Familie hatte. Dem Kaufmann waren diese Verhältnisse bekannt. Trotzdem kostete er die







oder wesentliche Schwächung der wahlrechtsfeindlichen Mehrheit, zu erreichen, wird die Landesparlamentarische Kommission ermächtigt, schon für die nächsten geeigneten Wahlgänge zu treffen, um in solchen Kreisen, in denen die Sozialdemokratie Aussicht auf eigenen Mandaterfolg nicht hat, die Vereidigung der Dreiklassenwahlrecht unter allen Umständen und mit allen Mitteln zu fördern.

Für die Abgeordnetenwahl gilt dieselbe Richtlinie. Die gewählten sozialdemokratischen Wahlmänner haben sich unbedingt an der Abgeordnetenwahl zu beteiligen und auf jeden Fall das Gewicht unserer Wahlmannsmandate gegen ausgesprochene Verfechter des Dreiklassenwahlrechts zur Geltung zu bringen. Die tatsächliche notwendigen Entscheidungen trifft die Wahlrechtskommission im Einverständnis mit der Landesparlamentarischen Kommission.

In der Erkenntnis, daß alle, die in der Wahlrechtsreform nach wie vor die dringende Aufgabe der Gegenpartei sehen, im nächsten Wahlgang an die Seite der Sozialdemokratie treten müssen, fordert der Parteitag die Parteigenossen auf, alle Kraft zu dem Zweck einzusetzen, um als wichtigstes Ziel dieses Wahlganges die Befestigung der Dreiklassenwahlrecht zu erreichen.

**Besitz II:** Bei Nachwahlen zum preussischen Landtag haben Kreise, in denen keine Aussicht auf Erfolg ist, das Recht, in Verbindung mit dem Wahlvorstand selbständig zu entscheiden, ob sie sich an der Wahl beteiligen oder nicht.

**Preußen:** 1. Der Parteitag wolle beschließen, daß bei der Landtagswahl für die Fortschrittler nur Dienste gegen Gegenleistung zu leisten sind.

2. Der Parteitag möge unter keinen Umständen das Zentrum als das kleinere Übel betrachten, möge auch die Situation liegen, wie sie heute ist.

**Kordhausen:** 1. Der Parteivorstand soll keine zentralen Abmachungen mit einer bürgerlichen Partei abschließen, die generell die sozialdemokratischen Wahlmänner verpflichten, für einen bürgerlichen Kandidaten zu stimmen.

2. Überall dort, wo die Freisinnigen mit den nationalliberalen Parteiabteilungen und Koalitionsgenossen gegenwärtig abgemacht haben, soll den Freisinnigen keine sozialdemokratische Stimme zufließen.

**Referent Landtagsabgeordneter Hirsch-Berlin:** Wenn auch der Zeitpunkt der Wahlen noch ganz unbestimmt ist, so müssen wir auf jeden Fall gerüstet sein und für alle, die ein wirklich freies Wahlrecht wollen, kann es nur die Wahlparole geben: Gegen die offenen und verkappten Anhänger des Dreiklassenwahlrechts! Die preussischen politischen Parteien kann man nicht einfach in Wahlrechtsfreunde und Wahlrechtsfeinde unterscheiden, es sind vielmehr vier Gruppen vorhanden: Erstens diejenigen, die um ihres Geschlechts willen trotz der Erkenntnis der Ungeheuerlichkeit des Dreiklassenwahlrechts keine Änderung wollen; zweitens diejenigen, die das Dreiklassenwahlrecht zwar befechtigen, aber an seine Stelle ein Pluralwahlrecht setzen wollen; drittens die theoretischen, vierthens die wirklichen Anhänger des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts.

Die Nationalliberalen stimmen mit den Freisinnigen in dem Verlangen nach einer Reform überein, durch die die Sozialdemokratie vom Landtag dauernd ausgeschlossen wird; sie sind sogar bereit, für gewisse Konzessionen an die Industrie des Westens die indirekte Wahl festzubehalten. Lediglich würde ja die direkte Wahl im Dreiklassenwahlrecht nur einen Fortschritt bedeuten, wenn jede Abteilung ihre besonderen Abgeordneten wählt. Die Begründung der Vorlage von 1910 fährte ein verdamntes Urteil über die indirekte Wahl, folgte aber einem Mangel der Ermittlung des Wahlergebnisses vor, der den Willen der Wähler im Gegenteil verkehrt haben würde. Auch mit der geheimen Wahl ist es den Nationalliberalen nicht zu ernst, denn bei der Abstimmung darüber schrien von den 6 Nationalliberalen 18. (Hört, hört!) Die Nationalliberalen sind also nur vorsichtigeren Wahlrechtsfeinde als die Konserwativen. Das heuchlerische Gebahren des Zentrums ist sattem bekannt. Es läßt sich in der Wahlrechtsfrage nur von geschäftlichen Gesichtspunkten leiten. Schon 1892 hat das Zentrum den Konserwativen die Befestigung der Dreiklassenwahlrecht auf die dritte Klasse aufgetragen. Die Gegenpartei der Konserwativen, die dem Zentrum einen größeren Einfluß im Rheinland gegeben haben würde, wurde vom Zentrum abgelehnt. Im Jahre 1910 hat das Zentrum die Rheinlande erobert. Die Fortschrittler haben in den letzten Jahren in der Wahlrechtsfrage eine entschlossene Haltung gezeigt und auch bei der Wahlreform von 1910 ihren Kampf geführt. Aber noch 1904 beantragten sie mit den Nationalliberalen die Befestigung der Dreiklassenwahlrecht in den Gemeinden, was die Sozialdemokratie dauernd vom Abgeordnetenhaus fernhalten hätte. Und schließlich hat noch an der Abgabe Wilhelms an jede wirkliche Wahlreform, die am 10. Januar 1908 erfolgt war, etwas Erfreuliches erblüht. Die Befestigung der Fortschrittler ist nur auf ihren Selbstzweck zurückzuführen.

Nach diesen Erinnerungen einige Worte zu dem Vorschlag Gliners, daß wir mit Ausnahme der kornigen Kreise, wo wir eigene Mandate erlangen können, schon bei den Urwahlen jedem Nicht-Schwarzblauen unsere Stimmen geben sollen. Diesen Vorschlag hat die Parteipresse fast einmütig verworfen. Gliner hatte gelobt die besten Absichten, Vernein schlägt vor, wir sollten mit Ausnahme gewisser Kreise die Nationalliberalen gegen die Rechte ohne Rücksicht auf Gegenpartei unterstützen. Das heißt also, Unterstützung der Nationalliberalen fast in ganz Preußen ohne Rücksicht auf Gegenpartei. (Vernein: Erst in der Stichwahl!) Gliner verlangt das schon für die Urwahlen. Ich vertrete den Vorschlag der Landeskommission, daß wir überall, wo wir Wahlmänner aufstellen können, energisch bei den Urwahlen für unsere Wahlmänner eintreten. Wer darin den Verdacht auf den Kampf gegen die Reaktion sieht, übersteht die große Bedeutung der Stimmengählung unter der öffentlichen Stimmengählung trotz Vernein und Terrorismus. (Sehr richtig!) Je mehr trotz allen Gefahren für den Sozialdemokraten eintreten, desto deutlicher ist gezeigt der himmelweite Unterschied zwischen dem Volkswillen und dem Willen der Herrschenden. (Beifall.) Solche Stimmengählung kann nicht ohne Einfluß auf die ganze Frage bleiben. Die geringe Beteiligung an den Dreiklassenwahlen sehen wir auch bei den öffentlichen Gemeindevahlen. Sie ist ein Beweis für die Notwendigkeit selbständigen Auftretens zur Erziehung des Volkes. Nicht wir, sondern die Fortschrittler, wenn sie einen Reaktionsmä wählen, unterstützen die Reaktion. Wenn sie selbst ausfallen, heißen sie das falsche Stichwahl. (Beifall.)

Gewiß ist eine konserwativ-meritale Mehrheit sehr schädlich, aber ist eine konserwativ-nationalliberale besser? (Sehr gut!) Die Nationalliberalen haben zwar 1897 gegen eine Verschlechterung des Verhältnisses gestimmt, aber nur aus Furcht, daß sie sich gegen sie selbst richten könnte. So treten Nationalliberalen für Volksrechte ein! Sie sind Gegner des Koalitionsrechts und scheinen nach Streikbrecherrecht selbst durch Willkür. In dieser Beziehung sind sie im Wesen und Osten gleich. Für den Gang der preussischen Entwicklung ist es also gleich, ob blau-schwarze oder konserwativ-nationalliberale Mehrheit. Und können wir denn nach dem Vorschlag Gliners-Vernein dem blau-schwarzen die 2 Mandate abnehmen, die zu einem Systemwechsel gehören? Die Konfliktszeit kann man nicht heranziehen, denn damals lautete die Frage: Regierungswille oder Volkswille? Selbst die preussische Tagespost bezweifelt, daß es bei dem heutigen Verantworter usw. durch eine stärkere Wahlbeteiligung allein möglich wäre, an die Stelle der schwarz-blauen Mehrheit eine freisinnig-sozialdemokratische zu setzen. Beim Schulunterhaltungsgefeseg gingen die Nationalliberalen mit dem Schulverfassern, bei der Steuerreform sind sie die Ueberkapitalisten. Wer glaubt, daß sie durch unser Eintreten zu ihren Gunsten pädagogisch freizüglicher würden? (Zustimmung.) Wir wollen unsere Hoffnung auf die Nationalliberalen endgültig begraben. Wir müssen endlich mit der Anschauung brechen, als wären wir zur Schaffung eines freirechtlichen Wahlrechts gezwungen für die Liberalen, auch ohne jede Gegenleistung, zu stimmen. (Mitlaßbeifall.)

In der Nachmittagsitzung sagt Referent Landtagsabgeordneter Hirsch-Berlin seine Ausführungen fort. Er betont nachdrücklich den Hauptinhalt der von der Landeskommission vorgelegten Resolution: den Freisinnigen keine Hilfe ohne Gegenleistung, aber wertvolle Hilfe bei entsprechenden Konzeptionen. Das heißt die Absetzung eines Mandats in den Wahlkreisen, die mehrere Abgeordnete wählen. Die Fortschrittler haben 1903 und 1908 in Zeltow-Weßkoto und Nieder- und Ober-Warmin solche Gegenleistung abgelehnt, um sie es auch diesmal wieder, dann erweisen sie sich als Säulen der Reaktion. (Zustimmung.) Es ist unmöglich, zu behaupten, daß der Eingangsatz der Resolution antiparlamentarisch sei, denn die hohe Bedeutung der Stimmengählung gerade unter diesem öffentlichen Schandwahlrecht kann nicht bestritten werden, ebensowenig wie, daß wir schon manchen Fortschritt erzielt haben. Ich verweise auf die Wahlrechtsvorlagen von 1906 (die einige kleine Verbesserungen brachte) und 1910. Wir waren uns stets einig, daß die Dreiklassenwahlrecht auf parlamentarischem Wege allein nicht abgeschafft werden wird. (Beifallige Zustimmung.) Die Wahlrechtsfeindlichkeit der Nationalliberalen und ihr Eintreten für das Pluralwahlrecht beruht auf dem Eifer geforderte schrankenlose Unterstützung dieser Leute schon bei den Urwahlen. — Nach eingehender Besprechung der Einzelbestimmungen der Resolution kommt der Referent zu folgendem Schluß: Die Fortschrittler, die auf ihrem demnach in Berlin stattfindenden Parteitag zu zeigen haben werden, ob es ihnen so ernst ist mit der Bekämpfung der Reaktion wie uns, gebrauchen die falsche Ausrede, daß sie nicht genug unabhängige Wahlmänner hätten. Mögen sie doch nicht immer nur Beamte und Lehrer aufstellen! (Sehr wahr!) Der Stein ist im Rollen. Wir haben dafür zu sorgen, daß nicht eher Ruhe eintritt als bis unser Ziel erreicht ist. Wir wissen, daß die Befestigung der Junkerherrschaft in Preußen Vorbereitung für ein freies Deutschland ist. Wir wollen aber nicht an die Stelle der Junkerherrschaft die der Schlotzwerke setzen. Entschlossene Wahlrechtskämpfer sollen aus der Forderung des Pluralismus in immer höherem Maße das Volk über seine Rechtslosigkeit aufklären. In diesem Gebot werden wir den Wahlkampf im Zeichen des Wahlrechtskampfes führen, um die sozialdemokratischen Mandate zu vergrößern, aber auch um dem wirklich wahlrechtsfreundlichen Liberalismus zu größerer Macht im Reichsparlament zu verhelfen. (Stimmlicher Beifall.)

Alle vorliegenden Anträge werden als genügend unterstützt angesehen und stehen mit zur Diskussion.

**Feldmann-Vangenbräu:** Ich empfehle dringend die Annahme der Resolution von Magdeburg, weil sie uns mehr Spielraum gibt unsere Taktik den lokalen Verhältnissen anzupassen. Bei uns in Schlesien können wir in mindestens drei Wahlkreisen das Jüngste an der Wage bilden. Aber die Resolution der Landeskommission würde uns das unmöglich machen. Nur die Annahme der Magdeburger Resolution wären wir in der Lage, den Schwarzblauen v. Jedlich aus dem Landtage zu verdrängen.

**Gewehr-Eberfeld:** Ueber den Progen der Taktik darf die Frage des Wahlrechtskampfes in der Diskussion nicht zu kurz kommen. Ich empfehle, unsere Wahlbewegung mit einer großen Wahlrechtsdemonstration einzuleiten. Anseh dazu würde uns die von unseren Gegnern geplante 100-jährige Preußenfeier genügen geben. Ich bitte um Annahme des Antrags 19, denn er sorgt dafür, daß uns in der amtlichen Wahlzählung nicht wieder Tausende von Stimmen weggestohlen werden. Ich schlage den Zusatz vor, soweit nicht lokale Verhältnisse dem entgegenstehen. In der Frage der Taktik bietet die Resolution der Landeskommission gute Richtlinien. Ich habe nur Bedenken gegen den Absatz, wonach unsere Genossen sofort bürgerliche Wahlmänner wählen können, wenn sozialdemokratische nicht aufgestellt sind. Ich wünsche die Streichung dieses Absatzes. Wenn das aber nicht geschieht, dann darf wenigstens die Resolution nicht leichter verworfen werden im Sinne mancher vorliegenden Anträge. Auf die Freisinnigen ist wenig Verlaß. Aber wir dürfen ihnen nicht den Gefallen tun, jede Verhandlung abzubrechen. Höher als alle Taktik steht die Notwendigkeit des energischen Ausbaus der Organisation. (Beifall.)

**Redepson-Stettin:** Ich besitze das geringe Vertrauen zu den Liberalen, die längst Fühlung nach rechts genommen haben. Die Vereinerlichung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Wenn wir konsequenter weiter wirken werden wird die Zwangsburg des Dreiklassenwahlrechts stürzen.

**Haberland-Büffelberg:** Ich verdränge die unbedingte Annahme der Resolution der Landeskommission.

**Eduard Bernheim:** Diese Resolution gleicht einem Mann der aus einer Wäsche nach zwei Seiten schreit und das Zentrum natürlich nie treffen kann. Gliners Vorschlag ist einseitig und einfach eine Stimmengählung hält er nach der Stimmengählung bei den Reichstagswahlen nicht mehr für notwendig. Aber wie die Dinge in der Partei liegen, müssen wir zunächst überall nur für eigene Wahlmänner stimmen. Nationalliberalen können wir unbedingt nicht in den Raum nehmen. (Abg. Hoffmann: Weichen erst recht nicht! — Stimmlicher Beifall.) In der übergroßen Mehrheit der Wahlkreise spielt die Frage der Gegenleistung gar keine Rolle, und deshalb sollten wir sie

gar nicht aufwerfen, sondern die Liberalen ohne Rücksicht auf Gegenleistung unterstützen. Dann schlagen wir denen die schwersten Stunden, die für das Klassenwahlrecht eintreten.

**Gliners-Weiß:** Ich verdränge die Frage des Austritts aus der Landeskommission bei den Landtagswahlen propagiert wird.

**Abg. Borchardt:** In der Einleitung der Resolution der Landeskommission ist nicht vom Stimmengählung die Rede, sondern vom Agitieren. Dieser betrieft ebenso wie das Berliner Lager die Stimmengählung. Das Dreiklassenwahlrecht werden wir nur befechtigen, wenn die Gegner Angst vor uns bekommen, und diese Angst steigt mit unserer Macht. Ob blau-schwarze oder blau-rosa Mehrheit kann uns ganz gleichgültig sein, für uns ist die Hauptsache die Agitation und die Auslösung. (Beifalliger Beifall.)

**Rühls-Magdeburg:** Der Wahlrechtskampf darf nicht bloß Sache der Arbeiterklasse, sondern er muß Sache des ganzen Volkes werden. Wir müssen die beschriebene politische Konstellation in den einzelnen Wahlkreisen beachten; das verhindert die Resolution der Landeskommission, während der Magdeburger Antrag es ermöglicht.

**Diemann-Frankfurt a. M.:** Die Kraft zur Umgestaltung des Landtagswahlrechts muß aus dem Volke kommen und nicht durch irgendwelche Leihmänner mit bürgerlichen Parteien mit oder ohne Gegenleistung. Wir wollen daher alle Anträge ablehnen und nur die Resolution annehmen die präzis sagt, was wir fordern müssen.

**Donalis-Königsberg:** Ich verdränge den Königsberger Antrag, der Parteivorstand solle gemeinsam mit dem Ausschuss der Landeskommission das Zentralwahlkomitee bilden, und das von den Königsberger Genossen zur Resolution gestellte Amendement, das aus Mistrauen gegen die Fortschrittler entstanden ist. Die sich den nationalliberalen Wahlrechtsfeinden mit Haut und Haar beschreiben.

**Vandenberg-Magdeburg:** In dem Beschlusse des Hirsch kann ich mich nicht bestimmen. Es ist wohl möglich, eine Mehrheit für das gleiche Wahlrecht in Preußen zustande zu bringen. Gliners Vorschlag ist unannehmbar nur können große Wählermassen nur dann an den Wahltag bringen, wenn wir für uns selbst agitieren. (Beifalliger Beifall.) Gelingt uns das aber, dann können die Schwarzblauen noch ihr blaues Wunder erleben. Nach der Resolution der Landeskommission müßten wir auch Zentralkomitee unterstützen, die sich für Anhänger des Reichstagswahlrechts ausgeben. (Beifalliger Beifall.) Mit diesem Votus bin ich nicht einverstanden, wir kennen ja die Zentralkomitee mit ihren jeftizischen Vorarbeiten. Es lassen sich nicht alle Kombinationen im Wahlkampf vorhersehen. Deshalb ist die beste Resolution keine Resolution und diesem Ideal kommt die Magdeburger Resolution sehr nahe. (Beifalliger Beifall.) Gewiß wollen wir unseren Mandatsbestand vergrößern, aber mehr kommt es doch auf die Stimmen an, jetzt aber hängen sie so sehr an ein paar Mandaten, daß Sie, wenn Sie sie nicht bekommen, lieber Junger als Fortschrittler in das Abgeordnetenhaus hineinkommen lassen wollen. Die Hauptsache ist, das Dreiklassenwahlrecht unrentabel zu machen für seine Nutznießer. (Beifall.)

**Abg. Ströbel:** Wir wollen nicht mit einer Bildreform des Wahlrechts zufrieden sein die seine Schäden nur vermindert. Es muß in den Massen der Enthusiasmus reisen, in den Demonstrationen mehr einzusetzen als bisher. Deshalb muß auf die Schulung und Auslösung der Massen das Hauptgewicht gelegt werden. Gliners Vorschlag ist von einer gewissen Verzügigkeit und wäre demnach wenn wir Vertrauen zur bürgerlichen Linken haben könnten, das ist aber keineswegs der Fall. Wenn der Freisinn nicht bereit ist, mit uns haltpart zu machen, pfeifen wir auf ihn und lassen ihn durchfallen. (Beifalliger Beifall.) Das ist kein Unplaud, dadurch wird an der preussischen Politik auch nichts geändert.

**Darf-Preußen:** Ich verdränge die Magdeburger Resolution, der Parteivorstand müsse möglichst große Freiheit zu Ausnahmen haben. In Preußen muß man unbedingt auf der Gewährung eines Mandats bestehen, sonst werden wir die Freisinnigen durchfallen lassen. (Beifall.)

Die weitere Beratung wird auf Donnerstag vertagt.  
Schluß 7 Uhr.

**Culturg. (Kinderchutzkommission.)** 15 M. von einer fidelem Christbaumbelastung der Döbernhauer Waldgemeinde bei Herrn. Schulz, Schönbrunnstraße, abgeliefert am 7. Januar. Frau Reinshohn.

Das Rennen in Dresden macht

**Tymians Thalia-Theater**

Görzitzer Str. 4. Telefon 435. Linien 1 und 2

Am 1. u. 2. vollst. Programmwechsel Sonntag von 11 Uhr

Fidelio Frühkonzert u. Vors. (20 u. 30 Pl.) Nachm. 4 Uhr

Si Pr. 11 Uhr Gew. Pr. Donnersd. Damen Kaffee u. Vorstellung

Wochentags abends 7 1/2 Uhr. Vorverkauf 25 Pf.

Das schönste Weihnachtsgeschenk ist das

**Grammophon**

mit Weltberühmter Schallplatte

Manch, gerichtet, leicht, portat., unerschütterlich, unzerstörbar, einw.

Das vollkommene Musikinstrument des Jahrhunderts, überall best bewährt. Lohnt sich wirklich für alle Haushalte.

**Grammophon u. Wied. u. Co.**

Inh. Max Weidmann

Dresden-A., Prager Str. 21, Eing. Struvestrasse.

Chemnitz, Kronenstr. 18. Katalog Nr. 7 grat. u. frko. Teilzahl. gern gestattet.

**2 PF**

**QUALITÄTS-CIGARETTE**

**Josefelli**

**JUNO**

**2 PF**

**QUALITÄTS-CIGARETTE**

**Das schönste Weihnachtsgeschenk ist das Grammophon**

Manch, gerichtet, leicht, portat., unerschütterlich, unzerstörbar, einw.

Das vollkommene Musikinstrument des Jahrhunderts, überall best bewährt. Lohnt sich wirklich für alle Haushalte.

**Grammophon u. Wied. u. Co.**

Inh. Max Weidmann

Dresden-A., Prager Str. 21, Eing. Struvestrasse.

Chemnitz, Kronenstr. 18. Katalog Nr. 7 grat. u. frko. Teilzahl. gern gestattet.

**Damen**

empf. Fell, Syllagaparat, Winter-sprizes, byg. Artikel und werden sich bei Eridung veritonen 2000 an

Frau Frühlich, Köllnstr. 23, L.



# Das neue Rabattjahr beginnt!

Wir gestatten uns, bei Beginn des neuen Rabattjahres die geehrten Hausfrauen wiederholt auf die

## grossen Vorteile 6% Rabatt

hinzuwiesen, welche wir durch die Gewähr von  
bieten. Wir gewähren auf alle Waren Rabatt, mit alleiniger Ausnahme der wenigen Artikel, auf welche Rabatt zu gewähren allen Kaufleuten von den Lieferanten bei hoher Konventionalstrafe verboten ist.  
Die Beträge, auf welche Rabatt gewährt wird, werden von 5 zu 5 Pfennigen abgerundet.  
Wir gewähren Rabatt an jedermann.  
Bei Einlösung der Rabattmarken wird das grösste Entgegenkommen bewiesen. Verluste durch verspätete Einlösung sind ausgeschlossen.  
Die angesammelten Rabattbeträge werden bei der Deutschen Bank, Filiale Dresden, hinterlegt. Also absolute Sicherheit für die Rabattsparer.  
Die Aushändigung der Rabattmarken erfolgt ausnahmslos und unaufgefordert sowie die Auszahlung des Rabatts ausnahmslos und widerspruchlos in bar.  
Im vergangenen Jahre betragen die angesammelten Rabattbeträge zirka

### 165 000 Mark.

Hieraus ist ersichtlich, welches wertvolle Sparkasse unser Rabattsystem für jede Hausfrau bildet, wenn dieselbe zielbewusst ihre Einkäufe bei uns konzentriert. Schon so manche schöne Weihnachtsfreude ist mit den angesammelten Rabattbeträgen bereitet worden.  
Einen weiteren grossen Vorteil bietet unser Rabattsystem dadurch, dass wir bei der Auszahlung der Rabattmarken ausserdem noch die Einzelbestandteile eines Kaffee- oder Tee-Services nach einer feststehenden, in allen unseren Verkaufsstellen erhältlichen Staffeln gratis veranlassen und damit unserer geehrten Kundschaft Gelegenheit geben, in verhältnismässig kurzer Zeit ein komplettes

## Kaffee-Service oder Tee-Service = gratis =

zu erwerben.



Je mehr Rabattmarken angesammelt werden, um so schneller ist das ganze Service beisammen.

Wir bitten die geehrten Hausfrauen, sich durch treue Kundschaft alle diese Vorteile in recht umfassender Weise zu sichern.

Hochachtungsvoll

## Görlitzer Waaren-Einkaufs-Verein A.-G.

### Vornehm

wieht ein zartes, reines Gesicht, röthliches, jugendliches Aussehen, weiche samtweiche Haut u. ein schön. Teint. Alles dies erzeugt die allein echte **Schönheits-Fliegenmilch-Seife** zu 50 Pf., ferner macht der

#### Bada-Cream

rote und rüthige Haut in einer Nacht weiss u. samtweich. Tube 50 Pf. bei: **Bergmann & Co., König-Johann-Str.** **Hermann Koch, Altmarkt 5.** **Walzel & Zsch., Marienstraße 12.** **O. F. Vogl, Postl., Botanischer Str. 35.** **C. G. Klepperstein, Frauenstraße 9.** **L. Künzelmann, Am See 55.** **Kreuzfächermarkt u. Schöfferg. 8.** **Max Hartig, Rosenstraße 24.** **O. Baumann, König-Johann-Str. 9.** **F. Telebmann, Strieleser Straße 24.**

**Petroleum- u. Gaslampen** aller Art  
Robert Waither  
Dresden-A.  
Pillnitzer Straße 38  
Fernsprecher 17989.

**Musik-** Instrumente aller Art  
kauft und tauscht  
Ziegelstrasse  
Nr. Otto Friebe 13  
Eckhaus Steinstrasse.

### Zahn-Praxis Max Wagner

Wettinerstr. 18, 1 Dresden, Wettinerstr. 18, 1  
früher Rudolphs Zahnklinik.  
Spezialität: Zahnziehen in örtlicher Betäubung.  
Zahnersatz in bester Ausführung. - Plombirungen.  
Leichte Zahlungsweise.  
1 Minute vom Pirnaischen Platz

**Arbeiter!**  
Wo finden Sie die modernsten **Monats-Ülster und -Paletots** Anzüge, Stoff- und Arbeitsbosen zu staunend billigen Preisen? Nur in der **Evangel. Dresdner Zentral-Bekleidungs-Halle**  
13 Neue Gasse 13  
1 Minute vom Pirnaischen Platz.

**Bäckerei Kirchof**  
Konradstr. 2 u. Helgolandstr. 9b  
8<sup>0/10</sup> Frühst. nach allen Tellen der Reuehdt. 8<sup>0/10</sup>  
Schliffenforderungen bewilligt.

Bei **Husten, Heiserkeit** ist **Reichel's**  
**Kustentropfen**  
von erprobter Wirkung und grossem Erfolge.  
Nur echt mit Marke „Medico“.  
Flasche 50 Pf.  
Ansch. 20, Zwölftplatz, Selbstk. 4, Allee 7, Flügelp. 14, Amst. 11, mit Anschlag 12.

Vor unlösen Nachahmungen sei dringend gewarnt. — Otto Reichel, Berlin SO. In Dresden und Umgegend erhältlich in den meisten Drogerien.

**Einladung zum Kosmos-Abonnement 1913**  
Mit Anfang d. J. beginnt ein neues Abonnement auf die Naturwissenschaftliche Zeitschrift **Kosmos** 1913. Auch die bisherigen Abonnenten wollen ihr Abonnement baldigst wieder erneuern. Der Abonnementspreis beträgt jährlich:  
mit gebundenen Buchbeilagen 7.50 M.  
mit broschürten Buchbeilagen 5.00 M.  
und ist im voraus zu bezahlen.  
**Volksbuchhandlung, Gr. Zwingerstraße.**

Nur **Galeriestr. 11, 1.** Ecke des Altmarkts.  
laufen Sie Ihre Kleider, von Dessous bis zum kleinsten Knopf, preisgünstig. **Mädchenmode** u. **W. 5-16.** **Ulbert** **Paletots** u. **W. 5-16.** **Ulbert** **Paletots** u. **W. 5-16.** **Ulbert** **Paletots** u. **W. 5-16.** **Ulbert** **Paletots** u. **W. 5-16.**

**Frauen-Teel**  
auswähl. Sorten 75 Pf.  
Alle **Frauen-Artikel.**  
**R. Freisleben**  
Postplatz.

**Postkarten**  
mit eigener Photographie  
4 St. 1 M., Dupon 1.50 M.  
Lieferung  
Photograph **Richard Böhme**  
Königsstr. 1. In Haus u. Wagt. 1 M.

Vertical text on the left edge of the page.



Parteiangelegenheiten.

Noch ein sozialdemokratischer Stadtverordnetenvorsteher. In Kiel wurde der Genosse Rindfleisch zum stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher gewählt.

Ein Nachspiel zum Grubenunglück auf der Zeche Osterfeld. Der Vorsitzende des Steigerverbandes, Werner, hatte in dem Bochumer Volksblatt die Zustände auf der Grube Osterfeld geschildert.

Personalien. Zum Parteisekretär für Elberfeld-Warmen wurde der bisherige Leiter der Filiale der Freien Presse, Genosse Otto Rohner, gewählt.

Der Riefenprozeß gegen den Schwindelbankier Sattler.

Gegen den „Bankdirektor“ Otto Sattler, der mit kleineren Prozessen in der letzten Zeit wiederholt die Gerichte beschäftigt, wird heute (Mittwoch) nunmehr der Riefenprozeß seinen Anfang nehmen.

Bericht über den Schlachtviehmarkt am 7. Januar 1913 zu Dresden.

Table with columns: Schlachtviehgattung und Auftrieb, Wertklassen, Marktpreis für 50 kg Lebend- u. Schlachtgewicht. Rows include Rinder, Kühe, Kalben, Schweine, etc.

Summe beläuft sich auf 750 000 M. Die Zahl der Zeugen dürfte 400 erreichen. Fünf Angeklagte haben es vorgezogen, ins Ausland zu gehen und werden daher zur Verhandlung nicht erscheinen.

Der Angeklagte Sattler, der jetzt erst 30 Jahre alt ist, hat mit seinem Schwindelunternehmen zahlreiche Beamte und kleine Geschäftsleute vor allem in der Provinz empfindlich geschädigt.

Der Stein gegen Sattler wurde ins Rollen gebracht durch einen Dr. Wischel aus Dresden, der sich geschädigt fühlte und Anzeige erstattete.

„Sch“, d. h. er dachte sich nicht an der Börse ein, wo er ja überhaupt nicht zugelassen war. Diesen Umstand verschleierte er über seinen Kunden.

Es wird allmählich nur an drei Tagen verhandelt werden, damit die erkennende Kammer auch ihre laufenden Geschäfte erledigen kann.

Victoria-Salon, Waisenhausstr. 20. „Prinz Guttalin“ mit dem originalen Komiker Blatzheim. Theater-Tunnel: Neu! Die 7 Schwaben. Neu!

Kios. Kurprints, Furstent, Weltmacht, etc.

Der Stein gegen Sattler wurde ins Rollen gebracht durch einen Dr. Wischel aus Dresden, der sich geschädigt fühlte und Anzeige erstattete.

Goldmann Heute! :: Zwecks Räumung :: eines grossen Teiles meines Winter-Lagers Großer Ausverkauf! Konfektions-Haus Donnerstag 9 Januar



Kreisball. Besondere Erwähnung verdient ferner noch die außerordentlich ausgedehnte Beobachtungstätigkeit des Kreisball in Wien, ohne die eine große Anzahl der mit diesen Kreisläufers nicht schlagbar gewesen wären. Falls gelang auch die Überwindung des Planeten MT, aber von hier schon mehrfach berichtet worden ist.

Den den hergebrachten Konzerten sollen im neuen Jahre vier in die Sommerzeit zurücktreten. Drei davon sind zuletzt im Jahre 1906 beabsichtigt worden. Jedes sind alle vier Konzerte nicht mit bloßer Menge schickbar, weshalb sie für den Vater sein Interesse liegen.

**Theater** Der Präsident des Bühnenvereins und die „Hochgeliebten“ Schauspielers. Die Ausschreibung der Gesellschaft Deutscher Bühnenangehöriger (D.B.A.) ist nunmehr erfolgt. Die Ausschreibung der Bühnenvereinsmitglieder erfolgt bei der D.B.A. in Wien. Die Ausschreibung der Bühnenvereinsmitglieder erfolgt bei der D.B.A. in Wien. Die Ausschreibung der Bühnenvereinsmitglieder erfolgt bei der D.B.A. in Wien.

Der Bühnenverein hat sich nunmehr in Wien gegründet. Die Ausschreibung der Bühnenvereinsmitglieder erfolgt bei der D.B.A. in Wien. Die Ausschreibung der Bühnenvereinsmitglieder erfolgt bei der D.B.A. in Wien. Die Ausschreibung der Bühnenvereinsmitglieder erfolgt bei der D.B.A. in Wien.

Das Haupt der D.B.A. ist es, die D.B.A. in Wien zu unterstützen. Die Ausschreibung der Bühnenvereinsmitglieder erfolgt bei der D.B.A. in Wien. Die Ausschreibung der Bühnenvereinsmitglieder erfolgt bei der D.B.A. in Wien. Die Ausschreibung der Bühnenvereinsmitglieder erfolgt bei der D.B.A. in Wien.

Der Bühnenverein hat sich nunmehr in Wien gegründet. Die Ausschreibung der Bühnenvereinsmitglieder erfolgt bei der D.B.A. in Wien. Die Ausschreibung der Bühnenvereinsmitglieder erfolgt bei der D.B.A. in Wien. Die Ausschreibung der Bühnenvereinsmitglieder erfolgt bei der D.B.A. in Wien.

**Vorbereitung** Verein für völkische Hochschule. In sechs Vorträgen, die am Montag den 12. Januar 1906 in der folgenden Reihenfolge gehalten werden, wird Prof. Dr. Deisenhofer über die völkische Hochschule sprechen. Nach einem Bericht über die Entwicklung der völkischen Hochschule wird der Vortragende erörtern, dass die völkische Hochschule ein Mittel ist, um die völkische Hochschule zu unterstützen. Die Ausschreibung der Bühnenvereinsmitglieder erfolgt bei der D.B.A. in Wien.

**Kleine Mitteilungen** Der Dichter Heinrich Lautensack, einer von den ehemaligen elf Schriftstellers, der die Revue „Kulturkampf“ geleitet hat, ist von einer großen Illungsgesellschaft als Ehrenmitglied beauftragt worden. Das Haupt der D.B.A. ist es, die D.B.A. in Wien zu unterstützen. Die Ausschreibung der Bühnenvereinsmitglieder erfolgt bei der D.B.A. in Wien.

werden. Auch die Berücksichtigung der Rasse in öffentlichen Angelegenheiten hat ihre Berechtigung, aber doch einen gewissen natürlichen Beschränkung, der das Vergleichen etwas ist. Ein Depuierter Anhänger der Rasse hat jüngst gesagt, er seien eine Nation, die nicht für den Rasse wie für den Geist und die Nation etwas ist. Die Ausschreibung der Bühnenvereinsmitglieder erfolgt bei der D.B.A. in Wien.

Zur Leitung der geographischen Abteilungen der Internationalen Ausstellung für Erdkunde und Statistik Leipzig 1914 ist vom Staatssekretär des Reichspostamts der Ausschreibung der Bühnenvereinsmitglieder erfolgt bei der D.B.A. in Wien.

Das Haupt der D.B.A. ist es, die D.B.A. in Wien zu unterstützen. Die Ausschreibung der Bühnenvereinsmitglieder erfolgt bei der D.B.A. in Wien. Die Ausschreibung der Bühnenvereinsmitglieder erfolgt bei der D.B.A. in Wien.

**Zeitschriften** Von dem Vereinigen Kuffallische Zeitschriften der Zeitschriftenabteilung ist die achte Nummer, datiert Dezember 1912, erschienen. Die Ausschreibung der Bühnenvereinsmitglieder erfolgt bei der D.B.A. in Wien.

**Dresdner Kalender**

**Theater.** Repertoire vom 9. Januar. Opernhaus (Mittags): Der Rosenkavalier. Amadeus in drei Aufzügen. Stadt von R. Strauß. Montag 7 Uhr. — Schauspielhaus (Abend): Was ist das? Ein Stück in drei Akten von R. Strauß. Montag 7 Uhr. — Schauspielhaus (Abend): Was ist das? Ein Stück in drei Akten von R. Strauß. Montag 7 Uhr.

**Kleine Bühnen.** Volkstheater. Opern- und Schauspielhaus. Montag den 12. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr. Die Ausschreibung der Bühnenvereinsmitglieder erfolgt bei der D.B.A. in Wien.

**Jugend-Bildungsverein von Dresden u. Umgebung**

Vorstellungen für heute Mittwoch: Gruppe Wittenberg. Vortrag des Genossen Heinrich über: Die Entwicklung des Weltalls. Beginn abends 8 Uhr im Vögelsberg. Die Ausschreibung der Bühnenvereinsmitglieder erfolgt bei der D.B.A. in Wien.

Vorstellungen für Donnerstag: Gruppe Wittenberg. Vortrag des Genossen Heinrich über: Die Entwicklung des Weltalls. Beginn abends 8 Uhr im Vögelsberg. Die Ausschreibung der Bühnenvereinsmitglieder erfolgt bei der D.B.A. in Wien.

# Leben • Wissen • Kunst

Tägliches Unterhaltungsblatt der Dresdner Volkszeitung

Nr. 5 Dresden 8. Januar 1913

## Sumer und Uffab

Ein Bild der reichen Kultur Mittelalters bis zur Verklärung des Mittelalters (Sumer und Uffab) unter dem großen Einfluss der Wissenschaften und Künste der damaligen Zeit. Die Ausschreibung der Bühnenvereinsmitglieder erfolgt bei der D.B.A. in Wien.

trübselige Wirkungsform gegen schmerzliche Schreibung führt, geht auf die sumerische Verklärung zurück. Die Ausschreibung der Bühnenvereinsmitglieder erfolgt bei der D.B.A. in Wien.

In der Zeit, da das sumerische Volk durch die Verklärung des Mittelalters (Sumer und Uffab) unter dem großen Einfluss der Wissenschaften und Künste der damaligen Zeit. Die Ausschreibung der Bühnenvereinsmitglieder erfolgt bei der D.B.A. in Wien.

Die Ausschreibung der Bühnenvereinsmitglieder erfolgt bei der D.B.A. in Wien. Die Ausschreibung der Bühnenvereinsmitglieder erfolgt bei der D.B.A. in Wien.

Die Ausschreibung der Bühnenvereinsmitglieder erfolgt bei der D.B.A. in Wien. Die Ausschreibung der Bühnenvereinsmitglieder erfolgt bei der D.B.A. in Wien.

Die Ausschreibung der Bühnenvereinsmitglieder erfolgt bei der D.B.A. in Wien. Die Ausschreibung der Bühnenvereinsmitglieder erfolgt bei der D.B.A. in Wien.

Die Ausschreibung der Bühnenvereinsmitglieder erfolgt bei der D.B.A. in Wien. Die Ausschreibung der Bühnenvereinsmitglieder erfolgt bei der D.B.A. in Wien.

Die Ausschreibung der Bühnenvereinsmitglieder erfolgt bei der D.B.A. in Wien. Die Ausschreibung der Bühnenvereinsmitglieder erfolgt bei der D.B.A. in Wien.

Die Ausschreibung der Bühnenvereinsmitglieder erfolgt bei der D.B.A. in Wien. Die Ausschreibung der Bühnenvereinsmitglieder erfolgt bei der D.B.A. in Wien.

Die Ausschreibung der Bühnenvereinsmitglieder erfolgt bei der D.B.A. in Wien. Die Ausschreibung der Bühnenvereinsmitglieder erfolgt bei der D.B.A. in Wien.



